

Gohr, Antonia

**Working Paper**

## Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren: Eine Herausforderung für die SPD

ZeS-Arbeitspapier, No. 05/2002

**Provided in Cooperation with:**

University of Bremen, Centre for Social Policy Research (ZeS)

*Suggested Citation:* Gohr, Antonia (2002) : Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren: Eine Herausforderung für die SPD, ZeS-Arbeitspapier, No. 05/2002, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Bremen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41528>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Antonia Gohr**

**Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren –  
Eine Herausforderung für die SPD**

ZeS–Arbeitspapier Nr. 5/02

Zentrum für Sozialpolitik  
Universität Bremen  
Parkallee 39  
28209 Bremen  
e–mail: [agohr@zes.uni-bremen.de](mailto:agohr@zes.uni-bremen.de)



## **Zusammenfassung**

Das Feld der Sozialpolitik wurde und wird gemeinhin nicht mit der Partei Die Grünen in Verbindung gebracht. Dennoch war die Sozialpolitik von der Parteigründung an ein für die Grünen wichtiges Politikfeld. In den 80er Jahren brachten sie mit Grundsicherungskonzepten, Arbeitszeitmodellen, der Forderung nach einer Abkehr von der männlich zentrierten Erwerbsarbeit sowie einer politischen Aufwertung von Selbsthilfeprojekten und lokalen Netzwerken innovative Ansätze in die sozialpolitischen Debatten. Die Grünen können daher in den 80er Jahren als *die* Innovationspartei in dem eingefahrenen bundesrepublikanischen Allparteiensozialstaat gewertet werden. Sie brachten frischen Wind in den Parteienwettbewerb. Insbesondere stellten ihre Konzepte und Forderungen eine Herausforderung für die Sozialstaatspartei SPD dar. Viele der grünen Ansätze fanden daher im Laufe der 80er Jahre Eingang in die sozialpolitische Programmatik der Sozialdemokraten.

Das Papier fragt nach sozialpolitischen Ansätzen der Grünen in den 80er Jahren. Es analysiert zentrale grüne sozialpolitische Leitbilder und Konzepte und kontrastiert diese mit sozialdemokratischen Vorstellungen. Dabei werden auch Schwierigkeiten und Widersprüche grüner Sozialpolitik beleuchtet.

# Inhalt

1	Einleitung.....	5
2	.....Sozialpolitische Leitideen der Grünen	8
2.1	....."Kleine Netze" als sozialpolitische Reformperspektive	9
2.2	.....Feministische Sozialstaatskritik	12
2.3	.....Ökologische Sozialpolitik	13
3	.....Grüne Konzepte	16
3.1	.....Zur grünen Arbeitszeitpolitik	16
3.2	.....Zum Grundsicherungskonzept der Grünen	23
4	.....Die Grünen als die sozialpolitische Innovationspartei in den 80ern?	31
	Literatur*.....	36

---

# 1 Einleitung

Nach den Bundestagswahlen 1983 zog erstmals seit der 3. Wahlperiode (1957–61) mit den Grünen eine vierte Fraktion ins Parlament ein. Die Grünen sahen sich in den 80er Jahren nicht nur als Opposition zur christliberalen Regierung, sondern sie grenzten sich auch von der SPD zunächst ab. Sie stellten insbesondere für die Sozialdemokraten nicht nur inhaltlich und programmatisch eine Herausforderung dar, etwa zu sehen an der zunehmenden Gewichtung der Umweltpolitik, sondern sie tangierten mit ihrem kompetitiven Oppositionsstil auch das Verhalten der SPD–Opposition und brachten auf diese Weise frischen Wind in den Parteienwettbewerb.<sup>1</sup>

Wie wirkte die neue Partei auf dem Feld der Sozialpolitik? Mit den Grünen wird gemeinhin vor allem das Politikfeld Ökologie in Verbindung gebracht, ein Thema, das die Grünen erfolgreich auf die politische Tagesordnung bringen konnten. Die Sozialpolitik scheint dagegen nicht zum originär grünen Terrain zu gehören.<sup>2</sup> Das lag auch daran, dass dieses Politikfeld bereits lange, bevor die Grünen die politische Bühne betraten, besetzt war. Auf diesem Gebiet waren sie, anders als bei der Ökologie, Nachzügler.<sup>3</sup> Dennoch ist die Sozialpolitik ein für die Grünen wichtiger Politikbereich. *Sozial* ist neben ökologisch, basisdemokratisch und gewaltfrei eine der vier programmatischen Säulen der Grünen seit ihrer Gründung.<sup>4</sup> Die heute von CDU, SPD, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gleichermaßen verwendete Formel vom "Umbau des Sozialstaats" wurde von den Grünen geprägt.<sup>5</sup> Bereits vor ihrem Einzug in den Bundestag 1983 hatten die Grünen unter dem Titel "Umbau statt Abbau des Sozialstaats" Thesen zur Sozialpolitik vorgelegt.<sup>6</sup> Mit ihren

---

<sup>1</sup> Ihr kompetitives Oppositionsverständnis lässt sich auch an der Bundestagsstatistik ablesen. So nutzten die Grünen die formalen Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle ausgesprochen aktiv. Die Anzahl der Anfragen und Aktuellen Stunden stieg seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag sprunghaft an (Schindler 1994: 992 f.). Die meisten Großen und Kleinen Anfragen wurden in der 10. und 11. Wahlperiode von den Grünen beantragt und auch die Mehrzahl der Aktuellen Stunden ging in der 11. Wahlperiode auf Initiative der Grünen zurück (ebd.). Die grünen Aktivitäten hatten offenbar auch Auswirkungen auf den Oppositionsstil der SPD, denn auch diese nutzte seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag die parlamentarischen Kontrollinstrumente häufiger als je zuvor (Schindler 1999: 2759 ff.).

<sup>2</sup> Vgl. Opielka/Zander 1988: 9.

<sup>3</sup> Vgl. Markovits/Gorski 1997: 494.

<sup>4</sup> Vgl. Saarbrücker Bundesprogramm (Kurzfassung in: Lüdke 1980: 211 ff.; vgl. auch Raschke/Nullmeier 1995: 1203).

<sup>5</sup> Vgl. Raschke/Nullmeier 1995: 1207; Opielka u.a. 1983; Opielka/Ostner 1987.

<sup>6</sup> Die Thesen waren im Anschluss an eine von den Grünen in Baden–Württemberg organisierte sozialpolitische Tagung im Januar 1983 entstanden (vgl. Fohmann u.a. 1983; vgl. auch Reader zur Tagung: Opielka u.a. 1984).

---

Grundsicherungsmodellen, Arbeitszeitkonzepten und der dauerhaften Thematisierung der Benachteiligung von Frauen in der Sozialpolitik haben sie die sozialpolitischen Debatten der 80er Jahre maßgeblich mitgestaltet.

"Es gelang [den Grünen; d.Verf.] nicht nur, der Versuchung einer bloß negatorischen Position 'gegen Sozialabbau' zu entgehen [...], sondern man entwickelte ein beachtliches Maß sozialpolitischer Kompetenz und konnte bald neben einer prinzipiengestützten Reformperspektive auch konkretere Vorschläge vorstellen."<sup>7</sup>

Die Grünen brachten mit Forderungen nach "Dezentralität, Einfachheit, Durchschaubarkeit", "Gleichberechtigung beider Geschlechter" und "Ermöglichung von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und gemeinschaftlichen Sozialstrukturen"<sup>8</sup> in der Sozialpolitik Bewegung in die erstarrte sozialpolitische Landschaft eines seit 30 Jahren eingefahrenen Allparteiensozialstaats.<sup>9</sup> Für Lutz Leisering sind die Grünen gar Träger einer neuen sozialpolitischen Kultur, in der bislang vernachlässigte Problemgruppen wie Arme, Frauen und Alte einen wichtigen Platz fanden.<sup>10</sup> Offe und Wiesenenthal sahen Mitte der 80er Jahre "[...] Chance und Zukunft der grünen Politik auf dem Reformgebiet der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik [...]."<sup>11</sup>

Sozialpolitische Leitlinien und Konzepte der Grünen – so die hier vertretene These – stellten insbesondere für die SPD eine Herausforderung dar; sie beeinflussten in beträchtlichem Maße die sozialpolitischen Debatten der Sozialdemokraten und fanden in zahlreiche Vorschläge der SPD Eingang.

Die Grünen sind nicht zufällig in dem Moment entstanden, in dem sich die Sozialdemokratie in einer tiefen Krise befand. Sie haben von Fehlern und Schwächen der Sozialdemokratie profitiert und "[...] ihre Identität in Opposition zu den Werten und politischen Erscheinungsformen der Sozialdemokratie definiert."<sup>12</sup> Das galt auch für die grüne Sozialstaatskritik. Diese bedeutete daher vor allem eine Herausforderung für sozialdemokratische Sozialpolitikkonzepte. So warfen die Grünen der SPD vor, dass sie zwar die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gemildert, im Grunde aber eigentlich nur die Ausbeutung der Arbeit durch die Ausbeutung der Natur ersetzt habe.<sup>13</sup> Das Ziel der Grünen

---

<sup>7</sup> Wiesenenthal 1993: 113. Verschiedene Sammelbände dokumentieren die Sozialstaatsdebatten bei den Grünen: vgl. Opielka u.a. 1984; Opielka/Ostner 1987; Opielka/Zander 1988.

<sup>8</sup> Opielka u.a. 1983: 13 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Leisering 1992: 10.

<sup>10</sup> Leisering 1993: 493, 497; Buhr u.a. 1991: 522.

<sup>11</sup> Offe/Wiesenenthal 1985: 203.

<sup>12</sup> Markovits/Gorski 1997a: 489.

<sup>13</sup> Vgl. Rapp 1984: 46.

---

sei dagegen: "Wohlstand **ohne** Ausbeutung von Natur und Mensch"<sup>14</sup>. Die SPD wurde als industrialistische und bürokratisch–etatistische Partei betrachtet, deren "Arbeits–, Wachstums–, Staats– und Modernisierungsfixiertheit"<sup>15</sup> im Kontext grüner Wachstumskritik auf Ablehnung stoßen musste. Die Idee eines auf Wirtschaftswachstum aufbauenden Sozialstaats sozialdemokratischer Prägung erweise sich – so die Diagnose der Grünen – mehr und mehr als Illusion.<sup>16</sup> Im technisch–ökonomischen Modernismus der Sozialdemokraten wurde die größte Differenz zwischen SPD und Grünen gesehen.

"Wo immer die Versuchung entsteht, Wachstums– und Modernisierungsimperative grundsätzlich infragezustellen, da kann man sicher sein, daß bei der SPD eine 'Beton–Fraktion' bereitsteht, solchen Anwendungen einen Riegel vorzuschieben."<sup>17</sup>

Das "staatsfixierte Politikmuster" der SPD habe – so die grüne Kritik – übermächtige Sozialstaatsbürokratien hervorgebracht.<sup>18</sup> Diese Kritik rührte an ein altes sozialdemokratisches Dilemma, war es doch lange ein Problem für Sozialdemokraten gewesen, dass der Sozialstaat zwar einerseits sozialdemokratische Gerechtigkeitspostulate zu verwirklichen half, andererseits aber durch seine Integrationsleistung der Stabilisierung einer preußisch–obrigkeitsstaatlichen Tradition diene. Die Grünen warfen der Sozialdemokratie vor, insbesondere die Interessen der vom Sozialstaat ohnehin bereits besonders privilegierten Gruppen der gewerkschaftlich organisierten (männlichen) Arbeitnehmer, der Beamten, der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der im Bergbau Beschäftigten zu vertreten. Nicht organisierte Interessen von Frauen, Armen und Alten würden dagegen kaum repräsentiert. Mit dieser Kritik rückten die Grünen in die Nähe des bereits von Heiner Geißler in den 70er Jahren mit der "Neuen sozialen Frage" formulierten Vorwurfs.

Die Grünen waren davon überzeugt, auch in der Sozialpolitik als einzige politische Kraft eine gesellschaftliche Alternative glaubhaft machen zu können. Der Sozialdemokratie wurde eine solche gesellschaftliche Mobilisierung nicht mehr zugetraut.<sup>19</sup>

---

<sup>14</sup> Möller 1982: 4 (Hervorhebung im Original).

<sup>15</sup> Vgl. Kallscheuer 1985: 56–60.

<sup>16</sup> So der grüne Abgeordnete Bueb (BT–PIPr. 10/140: 10387).

<sup>17</sup> Offe/Wiesenthal 1985: 202.

<sup>18</sup> Vgl. Kallscheuer 1983: 29.

<sup>19</sup> Möller 1982: 4; vgl. auch Schmid 1986a.



---

## 2 Sozialpolitische Leitideen der Grünen

Die grün-alternative Sozialpolitik wurde von den neuen sozialen Bewegungen maßgeblich beeinflusst. Ihren Ursprüngen lag eine umfangreiche Kritik der Sozialpolitik in der Bundesrepublik zugrunde. Bemängelt wurde der zunehmende Schwund der erfahrbaren Alltagssolidarität. Der Sozialstaat und seine bürokratischen Strukturen wurden als autoritär, entmündigend und obrigkeitsstaatlich empfunden. "Die Enteignung der Gesellschaft von ihren sozialen Fähigkeiten und deren Übernahme durch den Staat hat längst ihren ökologischen und auch sozialen Grenznutzen überschritten"<sup>20</sup>, so konnte man im "Ökologischen Manifest" von 1990 lesen. Hinzu kam nach der ökonomischen Rezession die Vermutung,

"[...] daß die zentralen Sicherungssysteme nur unter den Bedingungen ökonomischer Prosperität gut funktionieren, sich aber gerade dann, wenn sie am meisten gebraucht werden, als 'Sozialstaatsillusion' entpuppen würden"<sup>21</sup>.

Diese kritische Einschätzung des Sozialstaats als "Schönwetterstaat" verband sich mit grüner Wachstumskritik.<sup>22</sup> Die Sozialpolitik der etablierten Parteien wurde von grüner Seite scharf kritisiert, wobei nicht nur der "Sozialabbau" der christliberalen Koalition, sondern auch die zuvor von der sozialliberalen Regierung vorgenommenen Kürzungsmaßnahmen angeprangert wurden.<sup>23</sup> Gefordert wurde nicht weniger als "[...] eine grundlegende Abkehr vom bisherigen Prinzip des Sozialstaats."<sup>24</sup> Grüne Sozialpolitik war bestrebt, neben dem Rückbau sozialstaatlicher Versorgungsstrukturen einerseits und ihrer bloßen Aufrechterhaltung andererseits eine dritte Möglichkeit zu entwerfen. Zwei Grundoptionen grüner Sozialpolitik kennzeichneten diesen "dritten Weg".<sup>25</sup>

- Erstens wurde im Bereich der Transferleistungen eine garantierte Mindestausstattung gefordert, wofür die Grundsicherungsmodelle der Grünen stehen.
- Bei den Dienstleistungen favorisierten die Grünen zweitens eine Laisierung, indem sie privaten und/oder gesellschaftlichen (nichtstaatlichen) Initiativen den Vorrang geben wollten. Dieses Ziel manifestierte sich in der Idee der dezentralen "kleinen Netze" und Selbsthilfeinitiativen.

---

<sup>20</sup> Hustedt u.a. 1990: 19.

<sup>21</sup> Roth 1996: 77.

<sup>22</sup> Auf die grüne Wachstumskritik wird weiter unten noch einzugehen sein.

<sup>23</sup> Vgl. Die Grünen 1983: 26.

<sup>24</sup> Ebd.: 27.

<sup>25</sup> Projektgruppe Grüner Morgentau 1986: 328.

---

Von ihren sozialpolitischen Konzeptionen erhofften sich die Grünen – in diesem Fall der Sozialdemokratie nicht unähnlich – einen gesellschaftsverändernden Effekt, eine Überwindung des kapitalistischen Grundcharakters der Gesellschaft.<sup>26</sup>

Geprägt wurde die Entwicklung grüner sozialpolitischer Konzepte durch drei seit den 70er Jahren in den neuen sozialen Bewegungen vorherrschende Strömungen der sozialpolitischen Debatte.<sup>27</sup> Erstens forderte man "weniger Staat". Zweitens wurden die im Sozialstaat reproduzierten und konservierten Benachteiligungen für Frauen angeprangert; und drittens entwickelten die Grünen die Leitidee einer "ökologischen Sozialpolitik".

## 2.1 "Kleine Netze" als sozialpolitische Reformperspektive

Wichtige Prinzipien grüner Sozialpolitik waren die Forderungen nach Entprofessionalisierung, Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Kommunalisierung.<sup>28</sup> In dem Wohlfahrtsdreieck von Staat, Markt und Gemeinschaft wollten die Grünen das Prinzip der Gemeinschaft stärken. Neue sozialpolitische Potentiale jenseits von Staat und Markt wurden in Initiativen, Vereinen, sozialen Netzen, Ehrenamtlichkeit, Alternativgruppen und Nachbarschaft gesehen.<sup>29</sup> Die staatliche Versorgungsleistung, so die Kritik, befreie nicht aus der Not, sondern schaffe neue Abhängigkeit. Der Staat solle sich zurückhalten, damit die Bürger sich gemeinschaftlich selbst helfen könnten.<sup>30</sup> Die grüne Formel "Ökologische Sozialpolitik" war als Gegenbegriff zur herrschenden "bürokratischen Sozialpolitik" gemeint.

"Von der Perspektive ökologischer Sozialpolitik her gesehen besteht die Hauptschwäche gegenwärtiger Sozialpolitik aber in ihrer bürokratisierten Form, in ihrer institutionalisierten A-Sozialität. Je weniger im gesellschaftlichen 'Normenvollzug' Bürgerinnen und Bürger sich selber schützen und versorgen können [...], desto mehr bedarf es der bürokratischen 'Hochsicherheits-, Hochversicherungstrakte'."<sup>31</sup>

Da ihre Adressaten isoliert als bestimmte "Merkmalsträger" behandelt würden, stelle die herrschende Sozialpolitik eine "institutionalisierte Entsolidarisierung" dar.<sup>32</sup> Dieser Einwand griff eine alte Kritik am Sozialstaat auf, derzufolge die ausgedehnte Versorgung durch den Sozialstaat gleichsam das Verursacherprinzip außer Kraft setze und dadurch

---

<sup>26</sup> Vgl. Bäcker/Kühn 1985: 99.

<sup>27</sup> Vgl. Roth 1996: 78–80.

<sup>28</sup> Vgl. Opielka/Schmollinger 1982: 60 f.

<sup>29</sup> Vgl. Raschke/Nullmeier 1995: 1208.

<sup>30</sup> Vgl. Diemer/Völker 1982: 34 ff.

<sup>31</sup> Narr 1984: 19.

<sup>32</sup> Vgl. ebd.: 22 f.

---

Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft gefährde.<sup>33</sup> Auf die systematische moralische Unterforderung durch die deutsche Tradition der sozialen Sicherung verwies auch Offe.<sup>34</sup>

Von den bestehenden Sozialstaatsbürokratien befürchtete man eine "Kolonisierung der Lebenswelt"<sup>35</sup>. Propagiert wurde daher eine "Laisierung" der Sozialpolitik. Um die Klientel sozialpolitischer Maßnahmen nicht zu Objekten autoritärer Sozialbürokratien werden zu lassen, sollte deren Eigeninitiative aktiviert und ihre Partizipation in kleinen Gruppen gestärkt werden.<sup>36</sup> Die Grünen wollten auf diesem Wege eine bedarfsnähere und effektivere Sozialpolitik erreichen, die Mitbestimmung der Bedürftigen im Sozialbereich erweitern und die Selbsthilfefähigkeit stärken. Ziel sei es, so das "Ökologische Manifest", den "[...] sozialen Staat zugunsten einer sozialen Gesellschaft zurückzubauen."<sup>37</sup> Zu dieser Perspektive einer dezentralen Sozialpolitik, die auch als "Solidarische Subsidiarität"<sup>38</sup> bezeichnet wurde, gehörte die Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Ebene und der "[...] Aufbau eines Netzwerkes 'ökologischer Gemeinwesen' von Gemeinden und Städten, die sich an der Idee der kibbuzartigen Kommune orientieren"<sup>39</sup>. Die Kommunen sollten Alternativ- und Selbsthilfegruppen durch Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften und die Bereitstellung von Räumen unterstützen.<sup>40</sup>

Die Idee der "kleinen Netze" und der stärkeren Kommunalisierung der Sozialpolitik schlug sich in den grünen Vorschlägen zu einer Neuorientierung des Gesundheitswesens und in dem Entwurf eines "Bundespflegegesetzes" nieder. Anstelle der Unterbringung von pflegebedürftigen Alten und Behinderten in Heimen plädierten die Grünen für einen Ausbau ambulanter sozialer Dienste und für dezentrale und private Pflegewohngruppen. Unterstützung bekamen die Grünen von dem 1975 gegründeten "Seniorenverbund Graue Panther". Die Seniorenvereinigung war ein willkommenes Beispiel für die von den Grünen geforderte Selbstorganisation von Betroffenengruppen und so kam es nach der Parteigründung der Grünen zu einer Zusammenarbeit mit den Grauen Panther.<sup>41</sup> Die grau-grüne Zusammenarbeit wurde durch einen "Sprachrohrvertrag" besiegelt und mündete

---

<sup>33</sup> Vgl. Gross 1990: 90, 91, 97.

<sup>34</sup> Offe 1990: 189.

<sup>35</sup> Zu dem auf Habermas zurückgehenden Begriff vgl. Habermas 1988: 292 f., 566.

<sup>36</sup> Vgl. Himmelmann 1983: 124 f.

<sup>37</sup> Hustedt u.a. 1990: 19. Kritisch dazu Roth, der einwandte: "Zur Förderung von 'civic communities' müssten wir – paradoxerweise – just auf jene Steuerungsmedien (Recht und Geld) zurückgreifen, deren destruktives Übergewicht gerade die Suche nach zivilgesellschaftlichen Gegengewichten stimulierte" (Roth 1995: 45).

<sup>38</sup> Im Gegensatz zum katholischen Subsidiaritätsprinzip bezieht sich das grüne Konzept nicht nur auf traditionelle kleine Einheiten, sondern auch auf Wohngemeinschaften, selbst organisierte Jugendgruppen usw. (vgl. Opielka/Schmollinger 1982: 61).

<sup>39</sup> Opielka 1985: 224. Vgl. auch Opielka/Schmollinger 1982: 60 f.; Die Grünen 1983: 8.

<sup>40</sup> Ebd.: 26.

<sup>41</sup> Vgl. Veil 1990: 10.

---

schließlich in ein Listenbündnis, das der Gründerin der Grauen Panther, Trude Unruh, den Einzug in den Bundestag als Parteilose ermöglichte.<sup>42</sup> Die Kooperation mit den Grauen Panther brachte vor allem das Thema Armut – Armut im Alter, insbesondere Frauenarmut im Alter – auf die sozialpolitische Agenda der Grünen und schlug sich in ihren Grundrentenvorschlägen nieder.

Zwar empfahl Johano Strasser, Mitglied der SPD–Grundwerte–Kommission, seiner Partei, die vergessene soziokulturelle Dimension der sozialen Sicherheit wieder zu beleben<sup>43</sup>, dennoch war es für die SPD ausgesprochen schwierig, Entstaatlichungsideen in ihr traditionell etatistisches Sozialstaatsverständnis zu integrieren. Der CDU fiel dies leichter, denn die Prinzipien der Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Dezentralisierung sowie die Ablehnung einer Verstaatlichung aller Daseinsbereiche ließen sich hervorragend mit dem der katholischen Soziallehre entstammenden Subsidiaritätsprinzip verbinden. Der CDU–Politiker Ulf Fink griff als Senator für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin die Idee der Selbsthilfe und der "kleinen Netze" in der Sozialpolitik auf.<sup>44</sup> Berlin war das erste Bundesland, das ein Förderprogramm für Selbsthilfegruppen ins Leben rief, und das Konzept wurde als "Berliner Modell" bekannt. Die Berliner CDU unterstrich die Gemeinsamkeiten alternativer und christdemokratischer Prinzipien:

"Die alternative Kultur setzt auf Kreativität, Eigeninitiative, Gemeinschaftlichkeit und eine dem Sozialismus fremde Einheit zwischen kollektivem Handeln und Individualismus durch Solidarität. [...] [...] für die CDU [ist] – wie auch bei Anhängern der ‚Alternativen Kultur‘ – nicht der betreute, sondern der selbständige Mensch Ziel staatlicher und sozialer Ordnungspolitik."<sup>45</sup>

Dabei verwies die CDU nicht nur auf die Nähe ihres Konzepts zu alternativen Reformforderungen; sie grenzte die neuen sozialpolitischen Forderungen gleichzeitig von der SPD–Sozialpolitik ab:

"Viele [junge] Menschen, die sich in der alternativen Bewegung engagieren, versuchen [...], Reformen in ihrem überschaubaren Lebensbereich durchzusetzen, weil sie von den gesamtgesellschaftlichen Reformen der SPD – nicht nur in Berlin – enttäuscht sind."<sup>46</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. ebd.; Unruh 1985.

<sup>43</sup> Vgl. Strasser 1983: 119 ff., 166 ff.

<sup>44</sup> Ein von Fink herausgegebener Sammelband (1983) mit dem einprägsamen Titel "Keine Angst vor Alternativen – Ein Minister wagt sich in die Szene" dokumentiert die Erfahrungen des Berliner Modells.

<sup>45</sup> Ebd.: 31.

<sup>46</sup> Ebd.: 33.

---

Die SPD hielt in den 80er Jahren an der zentralen Bedeutung kollektiver sozialer Sicherung fest, versuchte aber dennoch, den Gedanken der Selbsthilfe durch die Wiederbelebung des sozialdemokratischen Genossenschaftsgedankens aufzunehmen.<sup>47</sup> Allerdings blieb sie skeptisch und befürchtete, dass der Selbsthilfegedanke zur Aushebelung des Sozialstaatsprinzips missbraucht werden könnte.<sup>48</sup>

Zwar waren Etatismuskritik und die Forderung nach "kleinen Netzen" wichtige Bestandteile grüner Sozialpolitik, wobei insbesondere die staatsinterventionistischen Konzepte der Sozialdemokratie bemängelt wurden; die Rolle des Staates und das Verhältnis zwischen kollektiver Sicherung auf der einen und individueller Selbsthilfe auf der anderen Seite blieb bei den grünen Sozialpolitikkonzepten jedoch ambivalent. In der Umweltpolitik wurde ein starker Staat gefordert, in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen herrschte über das Ausmaß seiner Intervention Uneinigkeit und im lebensweltlichen Bereich wollten die Grünen so wenig Staat wie möglich.<sup>49</sup> Hinzu kam, dass die Grünen auf einigen Gebieten umfangreiche staatliche Regulationen einforderten, eine (Regierungs-) Beteiligung an ihrer Durchsetzung aber in der Partei in der ersten Hälfte der 80er Jahre nicht konsensfähig war.<sup>50</sup> Dies erschien gerade bezüglich der Radikalität sozialpolitischer Umverteilungsforderungen der Grünen paradox.

## 2.2 Feministische Sozialstaatskritik

Für grüne sozialpolitische Konzepte spielte die feministische Sozialstaatskritik eine große Rolle. Schließlich gehörte der "Feminismus [...] von Anfang an zur grünen Partei"<sup>51</sup>. Von feministischer Seite wurden und werden geschlechtsspezifische Benachteiligungen durch das soziale Sicherungssystem angeprangert. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, die vorrangige Zuständigkeit von Frauen für unentgeltliche Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen werden – so die Kritik – durch die lohnarbeitszentrierten Systeme der sozialen Sicherung nicht kompensiert, sondern konserviert.<sup>52</sup> Die Grünen nahmen diese Kritik auf. Der grüne Sozialpolitikexperte Michael Opielka konstatierte: "Der

---

<sup>47</sup> SPD 1985.

<sup>48</sup> "Hilfe zur Selbsthilfe" ist inzwischen ein zentrales Element des seit Ende der 90er Jahre innerhalb der Sozialdemokratie diskutierten Konzepts des "aktivierenden Sozialstaats" (Giddens 1999).

<sup>49</sup> Andererseits wollten die Grünen über den staatlichen Sektor den Anfang für grundsätzliche Änderungen machen (vgl. Die Grünen 1983: 4 f., 14. Kritisch zur grünen Staatskritik vgl. Ernst-Pörksen 1983: 293).

<sup>50</sup> Vgl. Wiesenthal 1987: 308.

<sup>51</sup> Raschke 1993: 79.

<sup>52</sup> Vgl. Weg 1986; Ostner/Tatschmurat 1983; Riedmüller 1983.

---

Sozialstaat ist tatsächlich männlich."<sup>53</sup> In ihrem Sindelfinger Programm von 1983 "Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben" stellten die Grünen fest:

"[...] es sind die Ungereimtheiten des Sozialleistungssystems, daß besonders die Frauen benachteiligt werden und in persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen gehalten werden [...]."<sup>54</sup>

In allen sozialpolitischen Ansätzen, wie der Arbeitszeitpolitik, Alterssicherungs- und Pflegepolitik sowie der alle grünen Sozialpolitikentwürfe überwölbenden Grundsicherungsidee spielte der geschlechtsspezifische Aspekt eine gewichtige Rolle.

### 2.3 Ökologische Sozialpolitik

Mit der Ökologisierung der Sozialstaatskritik brachten die Grünen einen neuen Aspekt in die Debatte über Krise und Grenzen des Sozialstaats. Das der expansiven sozialstaatlichen Nachkriegsentwicklung zugrunde liegende rapide ökonomische Wachstum wurde seit den 70er Jahren wegen der ökologischen Risiken zunehmend als nicht mehr realisierbar und wünschenswert betrachtet. Da die Gefährdung der natürlichen Umwelt gleichzeitig eine Bedrohung der Gesellschaft bedeutete, gehörten Ökologie und Sozialpolitik für die grünen Sozialpolitiktheoretiker untrennbar zusammen.<sup>55</sup>

"Ökologie und Soziales zu verbinden, ist ein ureigener Anspruch der Grünen. In diesem Sinne haben sie als erste den Begriff einer »ökologischen Sozialpolitik« geprägt."<sup>56</sup>

Mit ihrem ökosozialen Ansatz rückten die Grünen ökologische Fragen in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, diskutierten sozialpolitische Alternativen und erweiterten damit die Bedeutung der Ökologie über die Umweltpolitik hinaus. Bereits in einem ihrer ersten Programme stellten die Grünen eine Verbindung zwischen Ökologie und Sozialpolitik her: "Das Ökologische und das Soziale gehören untrennbar zusammen [...]."<sup>57</sup>

"Nachhaltigkeit" wurde zur Leitidee. Unter den Stichworten "Selbstbegrenzung der Industriegesellschaft" und "qualitatives Wachstum" wurde die Wachstumskritik zu einem

---

<sup>53</sup> Opielka 1984a: 207.

<sup>54</sup> Die Grünen 1983: 26.

<sup>55</sup> Die ökologische Sozialstaatskritik lehnte nicht nur die Ausbeutung der äußeren Natur, der Umwelt, ab, sie verwies auch auf die Ausbeutung der inneren Natur, des Körpers und der Seele der Menschen (Opielka 1984b: 506). In der Ökologie gehe es, so Narr, nie um die "Natur als solche", sondern immer um Natur in Bezug auf die sozialen Bedingungen und Lebensmöglichkeiten der Menschen (Narr 1984: 16 f.).

<sup>56</sup> Fücks 1990b.

<sup>57</sup> Die Grünen 1983: 3.

---

wichtigen Merkmal der grünen Sozialpolitikdebatte.<sup>58</sup> Ökologie und das für die Finanzierung sozialstaatlicher Sicherung bislang als wünschenswert betrachtete ökonomische Wachstum wurden als Zielkonflikt verstanden.

"Bisher wurden die sozialen Konflikte der Industriegesellschaft durch exponentielles Wirtschaftswachstum neutralisiert, also durch Vernichtung der Naturbasis und durch Auspowern der »3. Welt«." <sup>59</sup>

Die grüne Wachstumsskepsis wurde jedoch nicht nur ökologisch, sondern auch sozialpolitisch begründet. Eine zukunftsweisende Sozialpolitik müsse die Wachstumsorientierung in der Wirtschaftspolitik aufgeben, da diese Strukturen stabilisiere, die immer neue soziale Notfälle schafften, und in der Krise zuerst der Sozialpolitik die Mittel entziehe, die diese soziale Not abwenden sollten.<sup>60</sup>

Mit der Verknüpfung von Sozialpolitik und Ökologie wurde allerdings auch eine Kombination von teilweise konkurrierenden Zielen beschworen<sup>61</sup> und es gab in der Partei Stimmen, die Ökologie und Sozialpolitik als konträre Begriffe betrachteten. Grüne Sozialpolitik hatte innerparteilich keinen leichten Stand. Ein Grund dafür war sicherlich die soziale Mitgliederstruktur: "Grüne Politik und Politisierung von Grünen (Mitgliedern) vollzog sich [...] selten entlang sozialer Konflikte."<sup>62</sup> Postmaterielle Einstellungen waren unter grünen Wählern, Mitgliedern und Funktionären vorherrschend. Für viele Grüne galt das "Primat der Ökologie" uneingeschränkt. Die Partei sollte sich dieser Position zufolge auf ihre Rolle als ökologische Partei besinnen. Andernfalls würde sie Gefahr laufen, ihr ökologisches Profil in einem beliebigen Nebeneinander von Politikthemen zu verspielen.<sup>63</sup> Die "soziale Frage" sollte zwar nicht als politisches Thema fallen gelassen, aber, so wie alle Politikfelder, aus der ökologischen Perspektive beleuchtet werden. Daher müsste die Sozialpolitik mit ihrer bisherigen Wachstumsorientierung brechen. Das aus der Ökologie stammende Prinzip der Nachhaltigkeit sollte auch auf die Reform des Sozialstaats angewendet werden. "Weniger ist mehr" – dieses Motto müsste in Zukunft für die große Mehrheit der Gesellschaft gelten.<sup>64</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl. Fücks 1990b. Die ersten der 1983 formulierten grünen Thesen zur Sozialpolitik sind ebenfalls der Wachstumskritik gewidmet (vgl. Fohmann u.a. 1983: 143 f.).

<sup>59</sup> Fücks 1990b. In ihre Wachstumskritik bezogen die Grünen häufig die Kritik an der Wohlstandssteigerung der Industrienationen auf Kosten der Entwicklungsländer mit ein (vgl. Fohmann u.a. 1983: 143 f.; vgl. auch Hustedt u.a. 1990: 19).

<sup>60</sup> Opielka/Schmollinger 1982: 58.

<sup>61</sup> Ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft würde schließlich nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch Arbeitsplätze kosten. Bei enger werdenden finanziellen Verteilungsspielräumen konnte es überdies zwischen sozialpolitischen und ökologischen Investitionserfordernissen durchaus zu Zielkonflikten kommen.

<sup>62</sup> Opielka/Schmollinger 1982: 58

<sup>63</sup> Vgl. Fücks 1990a: 7.

<sup>64</sup> Vgl. Fücks 1990b.

---

Auch die Sozialpolitik müsste sich angesichts der ökologischen Katastrophe wandeln und bescheiden.<sup>65</sup> Umverteilt werden sollte in diesem Kontext vor allem zugunsten ökologischer Investitionen und globaler Solidarität mittels sozialer Transfers in Armutsregionen. Aufgrund immer enger werdender Verteilungsspielräume sollte sich ökologische Sozialpolitik auf eine Politik gegen soziale Ausgrenzung konzentrieren. An dieser Stelle setzte die Kritik an.

"Die ökologische Frage wird gegen die soziale Frage ausgespielt und Sozialpolitik wieder zur Armutsverwaltung, die weitergehende soziale Forderungen als wachstumsförderndes Anspruchsdenken und unökologische Besitzstandswahrung abtut."<sup>66</sup>

Die Grünen handelten sich den Vorwurf ein, sie seien sozial blinde Mittelständler.<sup>67</sup> Die grün-alternative Bewegung habe gar, so ein gelegentlich vorgebrachtes Argument, dazu beigetragen, die soziale Frage zugunsten von ökologischen und moralischen Dimensionen aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen, und damit die konservative Hegemonie in den 80er Jahren überhaupt erst ermöglicht.<sup>68</sup>

Der grüne Ruf nach einer Wachstumsdrosselung blieb ebenfalls nicht ohne Kritik. Er verstricke sich, so ein Einwand, in ein unauflösbares Dilemma. Denn die Forderungen nach mehr ökologischem Verantwortungsbewusstsein, mehr dezentralen Einrichtungen, mehr Solidarität und Selbsthilfe als Staatsnachfrage verlangten eben ökonomisches Wachstum. "Wachstum" oder "Schrumpfung" seien falsche Alternativen, die die Grünen gar nicht durchhalten könnten, denn die Strategie qualitativen Wachstums sei zwar gegen unkontrolliertes Wachstum gerichtet, bliebe aber Wachstumsstrategie.<sup>69</sup>

Auch die SPD setzte in den 80er Jahren zunehmend auf das Thema Ökologie. Das Ökologieverständnis der Grünen wurde von der SPD mehrheitlich jedoch nicht geteilt. So erklärte Peter Glotz:

"Ökologie ist kein Heilsbegriff und keine Leitwissenschaft; sie setzt keine Werte, sondern erklärt Zusammenhänge. [...] der fundamentalistische Ökologismus [will] die Natur [heiligsprechen]."<sup>70</sup>

Für die auf stetiges Wachstum ausgerichteten Sozialpolitikkonzepte der SPD bedeutete die von den Grünen formulierte Wachstumskritik eine Herausforderung. Zahlreiche

---

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Wunder 1990: 34.

<sup>67</sup> Roth 1996: 80.

<sup>68</sup> Roth 1991: 203.

<sup>69</sup> Vgl. Schmid 1982: 101; Ernst-Pörksen 1983: 294 f.

<sup>70</sup> Glotz 1992: 170.



---

Sozialdemokraten wie Erhard Eppler, Johano Strasser oder Oskar Lafontaine griffen die Argumente der Wachstumskritiker auf. Das radikale "Weniger ist mehr" einiger Grüner machte sich die SPD jedoch nicht zu eigen. Vielmehr setzte sie – zum Beispiel mit dem Programm "Arbeit und Umwelt"<sup>71</sup> – auf das künftige Wachstum der Umweltindustrie.

### 3 Grüne Konzepte

Die Grünen beschränkten sich nicht nur auf Sozialstaatskritik, sie brachten auch konkrete Initiativen ein. Zu ihren in den 80er Jahren besonders diskutierten sozialpolitischen Konzepten gehörten die Arbeitszeitpolitik und die Idee der Grundsicherung.<sup>72</sup>

#### 3.1 Zur grünen Arbeitszeitpolitik

In den 80er Jahren nahm die Arbeitszeitfrage in Programmatik und parlamentarischen Initiativen der Grünen einen wesentlichen Stellenwert ein. So legten sie 1984 und 1987 Arbeitszeitgesetzentwürfe vor und äußerten sich in zahlreichen Publikationen zu dem Thema Arbeitszeit.<sup>73</sup> Fragen der Verteilung von Arbeit und Einkommen mussten die Grünen vom Moment der Parteigründung an besondere Aufmerksamkeit schenken, schien doch zwischen Beschäftigungs- und Umweltpolitik ein Zielkonflikt zu bestehen. Ökologisch motivierte Eingriffe in etablierte Wirtschaftsstrukturen würden Arbeitsplätze kosten, daher waren die Grünen gezwungen, plausible Konzepte zum Abbau von Arbeitslosigkeit zu entwickeln.

"Nur wenn sie auch imstande wären, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beizutragen bzw. die Probleme der Existenzsicherung von erwerbslosen und erwerbsunfähigen Menschen ernstzunehmen, konnten sie hoffen, Unterstützung für ihr Ziel einer umfassenden und tiefgreifenden Umweltpolitik zu gewinnen."<sup>74</sup>

Den arbeitszeitpolitischen Überlegungen lag die Beobachtung zugrunde, dass auf dem Arbeitsmarkt zwar ein Überangebot, im Bereich privater und öffentlicher Lebensverhältnisse dagegen ein großer Bedarf an verfügbarer Arbeitskraft und Arbeitszeit besteht.<sup>75</sup>

---

<sup>71</sup> SPD 1984b.

<sup>72</sup> Diese Einschätzung wurde von Sozialpolitikexperten der Grünen (Helmut Wiesenthal, Margherita Zander, Michael Schreyer) in Interviews mit der Verfasserin bestätigt.

<sup>73</sup> Bereits in einem ihrer ersten Programme nahm der Bereich Arbeitszeitpolitik/Arbeitszeitverkürzung einen wichtigen Stellenwert ein. Dort wurde das Thema im Abschnitt "Sofortmaßnahmen" an erster Stelle behandelt (Die Grünen 1983: 12 ff.; vgl. auch Die Grünen 1986: 10, 57 ff.; Die Grünen im Bundestag 1984; Bayer 1988; vgl. auch die zahlreichen Beiträge Helmut Wiesenthals zu grünen Arbeitszeitkonzepten).

<sup>74</sup> Raschke 1993: 110.

<sup>75</sup> Vgl. Die Grünen im Bundestag 1984: 82.

---

Entsprechend dieser Grundannahme verfolgten die Grünen bei ihren Arbeitszeitkonzepten drei reformpolitische Ziele:<sup>76</sup> Erstens wurde das beschäftigungspolitische Ziel angestrebt, zweitens erhoffte man sich einen gesellschaftspolitischen Effekt und drittens erwarteten die Grünen die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung.

### ***Das beschäftigungspolitische Ziel***

Von den in der Öffentlichkeit diskutierten Varianten der Arbeitszeitverkürzung (Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit, der Lebensarbeitszeit) favorisierten die Grünen die Wochenarbeitszeitverkürzung, da diese die nachhaltigsten Beschäftigungseffekte nach sich ziehen und die geringsten sozialpolitischen Folgeprobleme aufwerfen würde (z.B. geringere Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung als beispielsweise bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit).<sup>77</sup> Wichtig war in den grünen Arbeitszeitkonzepten der Umverteilungsaspekt. Die Arbeitszeitverkürzung sollte Spielräume dafür schaffen, die vorhandene Arbeit auf eine größere Zahl von Beschäftigten umzuverteilen.<sup>78</sup> Mit ihrem Arbeitszeitkonzept hofften die Grünen auch, den durch die Arbeitslosigkeit verschärften Wachstumsdruck zu mildern:

"Wenn Umverteilungspolitiken zu einer realen Alternative würden, könnte sich die gesellschaftliche und politische Abhängigkeit vom Wachstumszwang lockern und weitergehende Interessen an einer ökologisch motivierten Begrenzung des Produktionssystems würden sich ermuntert fühlen."<sup>79</sup>

Da eine Fortführung der Wachstumsgesellschaft aus ökologischen Gründen nicht verantwortbar sei, bestehe die einzige in Zukunft noch vertretbare Strategie einer Eingliederung der Arbeitsuchenden in die Erwerbswirtschaft in einer Verkürzung der Arbeitszeit, denn

"es gilt von der Vorstellung Abschied zu nehmen, die Wirtschaft ließe sich immer soweit aufpumpen, daß alle Erwerbspersonen auf Gedeih und Verderb ohne Reduktion der Arbeitszeit in ihr unterkämen."<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. Bayer 1986: 209.

<sup>77</sup> Vgl. Berger u.a. 1982: 62.

<sup>78</sup> Die Grünen im Bundestag 1984: 82. Vgl. auch Wiesenthal 1986: 159.

<sup>79</sup> Wiesenthal 1986: 163.

<sup>80</sup> Berger u.a. 1982: 62.

---

## *Das gesellschaftspolitische Ziel*

Die Grünen verbanden mit der Arbeitszeitfrage auch gesellschaftspolitische Ziele.<sup>81</sup> Partizipationsdefizite von Vollzeit-Erwerbstätigen sollten durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung beseitigt werden. Außerdem erhofften sich die Grünen einen positiven gesellschaftspolitischen Effekt durch Umverteilung der gewonnenen Zeit auf gesellschaftlich sinnvolle "immaterielle" Tätigkeiten (z.B. kulturelle, politische, soziale) jenseits der Erwerbsarbeit.<sup>82</sup> Aus diesem Grund standen die Grünen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme der Frühverrentung kritisch gegenüber. Die Menschen sollten sich nicht erst im Rentenalter sozial, politisch und kulturell engagieren können, denn "eine echte Humanisierung bedeutet Arbeitszeitverkürzung, wenn sie gerade im kraftvollsten Lebensalter der dann vorhandenen Fähigkeit zur Selbstentfaltung dient."<sup>83</sup>

Flankiert werden sollte die Arbeitszeitverkürzung durch ein garantiertes Grundeinkommen. Dieses sollte den Zwang zur Normalarbeitsbiographie zurücknehmen und die zeitliche und soziale Teilung der Erwerbsarbeit fördern.<sup>84</sup> Für das Konzept einer radikalen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung sollte das garantierte Grundeinkommen eine Art Lohnausgleich darstellen.<sup>85</sup>

Die Idee, durch Arbeitszeitverkürzung gesellschaftsverändernde Effekte erreichen zu können, hatte auch in der SPD Anhänger. So vertrat Oskar Lafontaine Ende der 80er Jahre das Konzept einer "beteiligten Gesellschaft". Arbeitszeitverkürzung könne und solle, so Lafontaine, sinnvolle und nützliche Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit fördern und zu mehr Partizipation und mehr Demokratie führen.<sup>86</sup>

Diese Form der Suggestion wünschenswerter Nebenziele einer Arbeitszeitverkürzung blieb nicht ohne Kritik.<sup>87</sup> So sprach Wiesenthal bezüglich der grünen Neigung, den Menschen vorzuschreiben, warum sie sich für eine Arbeitszeitverkürzung einsetzen und wie sie die dazugewonnene Freizeit verwenden sollten, von einem "sozialtechnokratischen Imperativ" und von einer "Emanzipationspädagogik von oben".<sup>88</sup> An dem Erfolg einer solchen

---

<sup>81</sup> Vgl. Bayer/Stratmann 1982: 13.

<sup>82</sup> Vgl. Die Grünen im Bundestag 1984: 76, 82; Bayer 1986: 204. Vgl. auch Arbeitszeitgesetzentwurf des Abgeordneten Hoss und der Fraktion Die Grünen (BT-Drs. 10/2188, 25.10.84: 3).

<sup>83</sup> Auhagen 1982: 6.

<sup>84</sup> Vgl. Roth 1996: 82.

<sup>85</sup> Vgl. Opielka 1985: 211; Wiesenthal 1986: 175, 177; Opielka/Vobruba 1986: 7.

<sup>86</sup> Vgl. Lafontaine 1990: 26–35. Vgl. auch Glotz 1985b: 54. Glotz wollte das Instrument der Arbeitszeitverkürzung ebenfalls nicht nur zur Verteilung von Arbeit nutzen, sondern den Menschen dadurch mehr "Emanzipations- und Orientierungszeit" verschaffen.

<sup>87</sup> Vgl. Kaltefleiter 1983: 32.

<sup>88</sup> Wiesenthal 1986: 165 f.

---

Emanzipationspädagogik gerade hinsichtlich der individuellen lebensweltlichen Sphäre bestehen außerdem berechtigte Zweifel: "Am begrenztesten sind die Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der individuellen Lebenswelt [...], die nur schmale Handlungskorridore für den Gesetzgeber zuläßt."<sup>89</sup> Mit Hannah Arendt ließe sich ein weiterer gewichtiger Einwand gegen die Hoffnung der Grünen formulieren, dass eine durch ein garantiertes Grundeinkommen flankierte Arbeitszeitverkürzung soziales und politisches Engagement fördern könnte:

"Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde."<sup>90</sup>

### ***Überwindung der geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung***

Grünen Vorstellungen zufolge sollte die Verkürzung der Erwerbsarbeit die Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Arbeitsverteilung schaffen und dazu beitragen, die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu überwinden. Angestrebt wurden eine gleichmäßige Beteiligung von Mann und Frau an den gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten (wie Hausarbeit, Kindererziehung, Alten- und Krankenpflege) und gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit für Frauen.<sup>91</sup> Ziel war also eine quantitative und qualitative Umverteilung aller entlohten und nicht entlohten Arbeit.

Die Idee, durch Arbeitszeitverkürzung eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung zu fördern, teilte die SPD mit den Grünen. "Wer nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Eigenarbeit gerecht verteilen will", so Johannes Rau, "der muß vorrangig die tägliche Arbeitszeit verkürzen. Familienfreundliche Arbeitszeiten sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Frauen und Männer berufliche und familiäre Aufgaben miteinander vereinbaren können."<sup>92</sup>

### ***Das Konzept der "optionalen Arbeitszeitverkürzung"***

1984, im Jahr des Tarifkonflikts um die Arbeitszeitverkürzung, legten die Grünen den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vor.<sup>93</sup> Ein wichtiges Element dieses Gesetzentwurfs war die sogenannte "optionale Arbeitszeitverkürzung"<sup>94</sup>, die individuelle Freistellungsoptionen und

---

<sup>89</sup> Beyme 1997: 360.

<sup>90</sup> Arendt 1997: 13.

<sup>91</sup> Vgl. Die Grünen im Bundestag 1984: 82.

<sup>92</sup> Rau 1986: 971. Vgl. auch Lafontaine 1990: 30, 51 f.

<sup>93</sup> BT-Drs. 10/2188 (25.10.84).

<sup>94</sup> Vgl. Wiesenthal 1985: 85 ff.

---

bedarfsorientierte Arbeitszeitmuster eröffnen und damit eine arbeitnehmerorientierte Arbeitszeitflexibilität gewährleisten sollte. Der Differenziertheit von Zeitstruktur- und Arbeitszeitwünschen in den verschiedenen Lebensphasen der Individuen sollte auf diese Weise Rechnung getragen werden.<sup>95</sup> Allen Arbeitnehmern sollte ein individuell nutzbares "Recht auf selbstbestimmte Wenigerarbeit"<sup>96</sup> ermöglicht werden, wobei allerdings die Rückkehr an den Vollzeit Arbeitsplatz gewährleistet bleiben sollte. Helmut Wiesenthal, einer der wichtigsten Initiatoren und Mitgestalter des grünen Arbeitszeitgesetzentwurfs, unterstrich, dass die an Teilzeitarbeit interessierten Arbeitnehmer eher eine Ungleichverteilung der gesamten Lebensarbeitszeit wünschten als eine dauerhafte Verminderung der Erwerbsarbeit, da der Wunsch, weniger oder mehr zu arbeiten, im Laufe des Erwerbslebens je nach Lebensphase schwankte.<sup>97</sup> Der Normalarbeitszeitstandard habe, so Wiesenthal, eine wichtige Schutzfunktion für die Arbeitskraft, weshalb ein alternatives Arbeitszeitkonzept nicht auf kollektive Arbeitszeitregelungen verzichten dürfe.<sup>98</sup>

Von dem Konzept der "optionalen Arbeitszeitverkürzung" wurde ein sichtbarer Beschäftigungseffekt erwartet.

"[...] [Die "optionale Arbeitszeitverkürzung" wäre, d. Verf.] definitiv beschäftigungswirksam, weil sie die Unternehmen zur Anpassung an Zeitmuster zwingen, die nicht der ökonomischen Rationalität unterworfen sind, sondern eine eigene autonome Logik aufweisen. Die ausfallenden Arbeitsstunden müssten zu einem weitaus größeren Teil durch Neueinstellungen oder Unterlassung von Personalabbau ersetzt werden als Arbeitszeiten, die nach Maßgabe betrieblicher Rentabilitätsabwägungen 'flexibel' freigegeben oder umgeschichtet werden."<sup>99</sup>

Die im Tarifkompromiss 1984 von den Gewerkschaften erreichte Arbeitszeitverkürzung<sup>100</sup> wurde in diesem Kontext als unzureichend und sogar kontraproduktiv betrachtet. Besonders der Preis, den die Gewerkschaften für diesen Kompromiss zahlen mussten, die Flexibilisierung der Normalarbeitszeit, fand Kritik.<sup>101</sup> Den Unternehmen habe sich auf diese Weise, so Wiesenthal, die Möglichkeit eröffnet, den Personaleinsatz flexibel an die

---

<sup>95</sup> Ebd.: 90.

<sup>96</sup> Vgl. ebd.: 87.

<sup>97</sup> Vgl. ebd.: 86 f.

<sup>98</sup> Erst der Normalarbeitszeitstandard ermögliche Fortschritte in der kollektiven Regelung der Arbeitsbeziehungen. Außerdem garantiere er jedem Arbeitnehmer einen nicht begründungspflichtigen Anspruch auf ein existenzsicherndes, regelmäßiges Arbeitsentgelt (ebd.: 92 f.).

<sup>99</sup> Wiesenthal 1986: 176. Vgl. auch ders. 1988: 205.

<sup>100</sup> In dem Tarifkompromiss wurde die 1985 eingeführte 38,5-Stunden-Woche (anstelle der 40-Stunden-Woche) vereinbart.

<sup>101</sup> Den Arbeitgebern war tarifvertraglich zugestanden worden, dass die vereinbarten 38,5 Stunden nur im Zweimonatsdurchschnitt zu gelten brauchten, die tatsächliche Arbeitszeit dagegen zwischen 37 und 40 Stunden schwanken dürfe (vgl. Pappi u.a. 1995: 113).

---

Auftragslage anzupassen und damit ihre Arbeitsnachfrage zu vermindern.<sup>102</sup> Solche nachteiligen Effekte sollten durch das Konzept der "optionalen Arbeitszeitverkürzung" vermieden werden, indem die Arbeitszeitflexibilität arbeitnehmerorientiert und nicht aus Arbeitgeberperspektive gestaltet werden sollte.<sup>103</sup>

Der grüne Arbeitszeitgesetzentwurf wurde im Bundestag von SPD und Regierungsparteien gleichermaßen abgelehnt. Vertreter von SPD und Union bezeichneten ihn als utopisch und praxisfremd.<sup>104</sup> Die SPD kritisierte die Initiative gar als "Polit-Happening" und "Luftschloß"<sup>105</sup> und die FDP sah den Entwurf als "weiteren Schritt auf dem [...] Weg zur Abschaffung der Industriegesellschaft [...]"<sup>106</sup>. Auch die Gewerkschaften kritisierten den grünen Arbeitszeitgesetzentwurf. Insbesondere die Frage des Lohnausgleichs bewegte die Gemüter. Die Gewerkschaften und weite Teile der SPD plädierten für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, da sie den Beschäftigungseffekt nicht durch Kaufkraftverlust zunichte machen wollten und aufgrund der Reallohninbußen der vorangegangenen Jahre weitere Einkommensverluste für unzumutbar hielten. Die Grünen waren dagegen unentschlossen. In ihrem Arbeitszeitgesetzentwurf forderten sie zwar eine Fülle von bezahlten und unbezahlten Freistellungen für Arbeitnehmer; zu der Frage, ob eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich erfolgen sollte, äußerte sich der Entwurf allerdings nicht.<sup>107</sup> In ihrem "Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit" forderten die Grünen jedoch den "[...] volle[n] Einkommensausgleich für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen [...]"<sup>108</sup>. Für einen Teil der Beschäftigten sollte also der Lohnausgleich wegfallen und mit der Arbeitszeitverkürzung war eine Umverteilung der Einkommen von oben nach unten verknüpft:

---

<sup>102</sup> Vgl. Wiesenthal 1985: 81. "Das Ziel einer 'an sich' beschäftigungserhöhenden Arbeitszeitverkürzung war nur im Kompromiss mit dem Gegenteil, einer beschäftigungsmindernden Arbeitszeitflexibilisierung, zu haben" (Wiesenthal 1986: 169). Wiesenthal kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Gewerkschaften, da diese das Thema "Zeitautonomie" nicht besetzt hätten und sich den Begriff "Arbeitszeitflexibilität" von den Arbeitgebern hätten entwenden lassen.

<sup>103</sup> Vgl. hierzu auch die Ausführungen des Grünen-Abgeordneten Hoss (BT-PIPr. 10/118, 25.1.85: 8781 f.).

<sup>104</sup> BT-PIPr. 10/118 (25.1.85): 8784 (Pohlmann, CDU/CSU).

<sup>105</sup> Ebd.: 8785 f. (Lutz, SPD).

<sup>106</sup> Ebd.: 8787 (Adam-Schwaetzer, FDP).

<sup>107</sup> Dies geschah sicher mit Blick auf die Tarifautonomie. Andererseits waren die Grünen durchaus der Auffassung, dass der Gesetzgeber auch auf dem Feld der Lohn- und Arbeitszeitpolitik regulierend eingreifen sollte (vgl. hierzu die Ausführungen des Grünen-Abgeordneten Hoss in: BT-PIPr. 10/118 (25.1.85): 8781).

<sup>108</sup> Die Grünen 1983: 12.

---

"Der von uns geforderte Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen erfüllt zugleich im Ansatz unsere Anforderung nach Umverteilung der Einkommen zugunsten der schlechter Verdienenden."<sup>109</sup>

Bei den Gewerkschaften fand diese Differenzierung wenig Zustimmung, da der Eindruck entstände, als könne die Arbeitszeitverkürzung durch die Beschäftigten selbst finanziert werden. Eine Verknüpfung der Umverteilung der Einkommen mit der Arbeitszeitverkürzung sei, so die Gewerkschaftsposition, unangebracht, weil die Masse der Lohnabhängigen zu den unteren und mittleren Einkommensklassen zähle.<sup>110</sup> Umgekehrt wurde gerade im Zusammenhang mit der Arbeitszeitpolitik von grüner Seite auch Kritik an den Gewerkschaften laut:

"Zu offensichtlich sind [...] die Grenzen der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik, wenn es gilt, über den Interessenhorizont des männlichen Facharbeiters hinaus die Pluralität und Wechselhaftigkeit unterschiedlicher Arbeitszeitpräferenzen aufzugreifen."<sup>111</sup>

Der grüne Bundestagsabgeordnete Willi Hoss sprach von der "[...] Begrenztheit gewerkschaftlicher Politik, gesamtgesellschaftlich zu handeln"<sup>112</sup>, die daraus resultierte, dass die Gewerkschaften schließlich in erster Linie Organisationen der Arbeitsplatzbesitzer und nicht der Erwerbslosen seien. Die Kritik von SPD und Gewerkschaften blieb dennoch nicht ohne Einfluss auf die Grünen. Der Arbeitszeitgesetzentwurf schien nicht in ein linkes Konzept zu passen und war daher auch innerhalb der Grünen nicht mehrheitsfähig und so schwenkte man schließlich auf den Gewerkschaftskurs ein.<sup>113</sup>

Das grüne Arbeitszeitkonzept hatte Einfluss auf sozialdemokratische Reformüberlegungen. So wiesen die von Oskar Lafontaine Ende der 80er Jahre formulierten Vorschläge einer Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich (für obere Einkommensgruppen) und einer Neubestimmung des Arbeitsbegriffs starke Parallelen zu dem grünen Arbeitszeitkonzept auf.<sup>114</sup> Doch stieß Lafontaine in seiner Partei und bei den Gewerkschaften auf die gleichen Widerstände, die sich einige Jahre zuvor gegen das grüne Modell formiert hatten.

---

<sup>109</sup> Ebd.: 10.

<sup>110</sup> Vgl. Ernst-Pörksen 1983: 297.

<sup>111</sup> Bayer 1988: 3.

<sup>112</sup> Hoss in: Karl-Otto Sattler (Hrsg.) 1988: 92.

<sup>113</sup> So Helmut Wiesenthal in einem Interview mit der Verfasserin am 14.1.1999.

<sup>114</sup> Vgl. Lafontaine 1988b; 1990.

---

## 3.2 Zum Grundsicherungskonzept der Grünen

Für grüne Sozialpolitikkonzepte war die Idee des garantierten Grundeinkommens in den 80er Jahren prägend. Sie hatte für die Grünen den Stellenwert einer sozialpolitischen Kernforderung, und wenn die Grünen im Kontext sozialpolitischer Reformdebatten erwähnt wurden, so geschah dies meist mit dem Hinweis auf das Modell eines "garantierten Grundeinkommens" bzw. "Mindesteinkommens".<sup>115</sup> Mit ihrem Konzept eines garantierten Grundeinkommens stellten die Grünen den bestehenden "leistungsorientierten" Sicherungssystemen einen Entwurf entgegen, dessen Ziel die egalitäre Absicherung aller war.

"Mittelfristig wird eine Integration von Steuer- und Transfersystemen angestrebt: Ziel ist ein Einkommen, das allen die Teilhabe an der Gesellschaft sichert, ganz gleich, was und wieviel sie/er im Bereich der Erwerbsarbeit 'leistet'.<sup>116</sup>

Ausgangspunkt der grünen Grundsicherungsidee war die Kritik an der Lohn- und Leistungsbezogenheit der sozialen Sicherungssysteme. Das Prinzip der lohnarbeitszentrierten Sozialpolitik sorgte – so der Vorwurf – für die Selektivität des Sozialstaats und damit für eine Spaltung, bei der auf der einen Seite die rechtlich abgesicherte Lebensstandardsicherung, auf der anderen "politisch disponible Armutspolitik"<sup>117</sup> stehe. Dem Vorschlag zur Schaffung eines garantierten Mindesteinkommens lag daher die Vorstellung einer generellen Entkoppelung von Arbeit und Einkommen zugrunde.<sup>118</sup> Diese zunehmende Entkoppelung wurde hierbei sowohl als Ergebnis ökonomischer Entwicklungen als auch als politisch wünschenswertes Ziel gesehen. Für Vobruba stellt das Modell des garantierten Grundeinkommens "[...] den Fluchtpunkt einer politisch gewollten Entflechtung von Arbeit und Essen dar"<sup>119</sup>. Das Ökonomie und Sozialstaat durchziehende Äquivalenzprinzip sollte zugunsten einer doppelten Formel aufgehoben werden: Diese beinhaltete erstens die Institutionalisierung von Einkommensansprüchen auch ohne Erwerbsarbeit und zweitens die Organisation gesellschaftlich nützlicher Arbeit ohne Lohneinkommen.<sup>120</sup>

An das Konzept eines garantierten Mindesteinkommens waren viele Erwartungen geknüpft. Die Grünen erhofften sich von diesem Modell eine Steigerung der individuellen Freiheit, die Beseitigung von Armut, die Reduzierung von Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung

---

<sup>115</sup> Vgl. Opielka/Zander 1988: 17; Glotz 1986: 135; Otto/Opielka 1988: 181.

<sup>116</sup> Opielka u.a. 1985: 76.

<sup>117</sup> Heinze u.a. 1999: 24. Vgl. auch Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg 1987: 5. Zur Spaltung zwischen Armen- und Arbeiter- (oder Sozialversicherungs-) politik vgl. Leibfried/Tennstedt 1985.

<sup>118</sup> Vgl. Vobruba 1986: 39; Offe 1990: 195; Schmähl 1986: 126.

<sup>119</sup> Vobruba 1986: 39. Vgl. auch Opielka/Zander 1988: 17.

<sup>120</sup> Offe 1986: 131.



---

gesellschaftlicher Ungleichheit und eine geschlechtergerechtere Umverteilung von Arbeit und Einkommen. Ein zentrales Anliegen der Grünen bestand darin, durch ein steuerfinanziertes garantiertes Grundeinkommen für alle Bürger eine Abkoppelung vom Wachstumszwang zu realisieren. In diesem Zusammenhang spielte der Umwelt–Aspekt eine große Rolle. Wollte man die Bürger von einem ökologisch verträglichen Pfad überzeugen, so musste man dafür Sorge tragen, dass dieser Pfad nicht mit existenziellen Risiken verbunden war.

Das Grundeinkommenskonzept sollte überdies die Ausdehnung eines "autonomen Sektors" ermöglichen und damit zur Basis für die von den Grünen erwünschten Formen des freiwilligen sozialen Engagements in kleinen Netzen, Ehrenamtlichkeit oder Tauschringen werden. In einem "Gegenerwerbssystem" auf der Basis von Transfereinkommen könnten sich, so die Überlegung der Grünen und deren Umfeld nahe stehenden Autoren, immer mehr Menschen von "falscher Arbeit"<sup>121</sup> befreien. Mit der Idee des garantierten Grundeinkommens implizierten die Grünen eine Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs. Erst auf der Basis eines erwerbsunabhängigen garantierten Grundeinkommens ließe sich, so die Argumentation, freiwilliges soziales Engagement fordern und fördern.<sup>122</sup> Schließlich brauchten Personen, die Tätigkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes wie Haushaltsarbeit, Ehrenamt, Tätigkeit in Vereinen, Genossenschaften, freiwilligen Diensten usw. ausüben, mehr als den "himmlischen Lohn der guten Tat"<sup>123</sup>.

Außerdem sollte eine wesentliche Quelle der sozialstaatlich befestigten Geschlechterhierarchie durch die Einführung eines Grundeinkommens beseitigt und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit (Reproduktionstätigkeit, Eigenarbeit, ehrenamtliches Engagement etc.) sollten aufgewertet werden.<sup>124</sup> Durch individualbezogene Gewährung (statt Haushaltsbezug) des Grundeinkommens könnte, so die Argumentation, die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen und damit eine Enthierarchisierung der Familienbeziehungen ermöglicht und eine Umverteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern eingeleitet werden.<sup>125</sup>

Das Grundeinkommen sollte also letztlich eine radikale Dekommodifizierung bewirken: Es sollte den Warencharakter der Arbeit aufheben und damit die Arbeitskraftbesitzer von der Teilnahme am Arbeitsmarkt unabhängig machen.<sup>126</sup> Das wollte die SPD zwar auch, aber die Vorschläge der Grünen gingen deutlich über das sozialdemokratische

---

<sup>121</sup> Schmid 1986; Vgl. auch Vobruba 1986: 39; Negt 1985: 215 f.

<sup>122</sup> Vgl. Roth 1995: 51.

<sup>123</sup> Vgl. Offe 1995: 10.

<sup>124</sup> Ohne feministische Kritik sind die Grundsicherungskonzepte allerdings nicht geblieben. Auf diesen Punkt wird weiter unten noch einzugehen sein.

<sup>125</sup> Vgl. Opielka 1985: 213, 218.

<sup>126</sup> Ebd.: 215.

---

Dekommodifizierungsziel hinaus, indem sie nicht eine "Befreiung der Arbeit im Markt", sondern eine "Befreiung der Arbeit vom Markt" anstrebten. Im Gegensatz zu den grünen Konzepten hielten SPD und Gewerkschaften an der Zentralität der Erwerbsarbeit fest. Die weiter gehenden Ideen der Grünen lehnten die Sozialdemokraten daher entschieden ab. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sah in den grün-alternativen und konservativ-liberalen Grundeinkommensvorschlägen gar eine Gefahr: "Ein Gespenst geht um in Europa: die 'systemsprengende' Idee eines garantierten Grundeinkommens."<sup>127</sup> Durch ein garantiertes Grundeinkommen werde, so die Befürchtung der Sozialdemokraten, das gesellschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung aufgegeben:

"Das Recht auf Arbeit wird vom Recht auf einen Arbeitsplatz entkoppelt. Das wäre das Abmontieren der letzten noch vorhandenen Sicherung vor Arbeitslosigkeit. Mit dem Mindesteinkommen werden die Arbeitslosen etwas besser alimentiert, aber gleichzeitig wird ihre Lage in einen offiziell befriedigenden sozialen Status umgewertet. [...] Wir dürfen das Recht auf Arbeit nicht aufgeben. Wir dürfen es uns durch ein Recht auf Grundeinkommen nicht abkaufen lassen. [...] Solange es Erwerbsarbeit gibt, muß jeder den Anspruch auf den ihm gehörenden Teil haben."<sup>128</sup>

Die Grundsicherungsidee hatte und hat in Politik, Wissenschaft und Publizistik viele Anhänger.<sup>129</sup> Thomas Schmid schlug vor, die "Ideologie der Arbeit zu zersetzen" und die Nicht-Arbeit als "kulturelle Dienstleistung" aufzuwerten.<sup>130</sup> Ähnlich argumentierte Offe mit der Empfehlung, den freiwilligen Verzicht auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt durch die Einführung eines Grundeinkommens zu ermöglichen, um auf diese Weise den Arbeitsmarkt zu entlasten.<sup>131</sup> Die Erfahrung einer seit Jahren zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und die Annahme, dass diese sich künftig nicht wesentlich verringern werde, lassen eine lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Vielmehr müsse die Lohnarbeit, so die Überlegung, konsequent degradiert werden, damit sie zu einer menschlichen Tätigkeit neben vielen anderen wird.<sup>132</sup> Die Tatsache, dass "Arbeit für alle" nicht mehr ohne weiteres realisierbar sei, mache eine Erweiterung und Neudefinition des Arbeitsbegriffs zwingend.

---

<sup>127</sup> Glotz 1986: 135.

<sup>128</sup> Ebd.: 145, 147, 148.

<sup>129</sup> Unter den Begriffen "Grundeinkommen", "negative Einkommenssteuer", "Bürgergeld", "Sozialdividende" oder "Kombilohn" wurden und werden verschiedene Modelle einer Grundsicherung diskutiert, die letztlich alle ein Einkommensminimum garantieren sollen (Roth 1996: 81 f.; Offe 1990: 194).

<sup>130</sup> Vgl. Schmid 1982: 103, 105.

<sup>131</sup> Offe 1995: 10.

<sup>132</sup> Vgl. Schmid 1982: 103.

---

Zwar gab es auch Sozialdemokraten, die sich diese Argumentation zu eigen machten. So plädierte Lafontaine Ende der 80er Jahre dafür, Weiterbildung und unbezahlte, gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit in den Arbeitsbegriff aufzunehmen. Eine solche Erweiterung von "Arbeit" würde den Begriff der Arbeitslosigkeit aufheben.<sup>133</sup> Für die meisten Sozialdemokraten waren diese Ansätze jedoch nicht akzeptabel. Glotz erklärte: "[...] die »Aufhebung« der Arbeit ist nicht nur illusionär; sie ist nicht einmal eine vernünftige Utopie."<sup>134</sup>

Die Idee eines garantierten Grundeinkommens war in grünen Kreisen keineswegs unumstritten. Aus feministischer Perspektive wurden die "frauenfreundlichen" Wirkungen eines Grundeinkommens stark bezweifelt. Vielmehr wurde befürchtet, dass es sich als "[...] Schweigegeld für aus dem Arbeitsmarkt verdrängte Frauen auswirkt"<sup>135</sup>. Die von den Grünen angestrebte Entkoppelung von individuellen Einkommensansprüchen und praktischer Erwerbsbeteiligung setze, so Ostner, Erwerbstätigkeit voraus und nicht außer Kraft.

"Wenn das 'grüne' Modell auf den Bürgerstatus, seine Verallgemeinerung zielt, auf ein Leben jenseits von Notwendigkeit und Arbeitszwang, dann ist [...] die Verallgemeinerung von Erwerbsfähigkeit unerlässlich. Erst wenn Frauen gleich den Männern oder Männer gleich den Frauen erwerbstätig sein können, erst dann läßt sich Einkommen sozialverträglich von individueller Erwerbsbeteiligung abkoppeln."<sup>136</sup>

Innerhalb der Partei gab es starke normative Vorbehalte gegen ein Grundrecht auf arbeitsloses Einkommen. So verwies André Gorz, einer der sozialtheoretischen Vordenker der Grünen, darauf, dass eine bestimmte Menge an Arbeit zur Existenz der Gesellschaft und der Individuen notwendig sei. Die Gleichheit und Freiheit der Individuen verlange, dass sich an der Last dieser Notwendigkeit alle beteiligen müssten. Das universelle Grundeinkommen eröffne aber das Recht, davon freigestellt zu sein. Das Recht auf Arbeit müsse außerdem, so Gorz, auch als politisches Recht auf Teilnahme an der öffentlichen Sphäre verstanden werden. Ein Grundeinkommen eröffne das Recht der Nicht-Beteiligung und vertiefe damit die Spaltung der Gesellschaft. Nicht erwerbstätige Grundeinkommenempfänger würden marginalisiert und in private Tätigkeiten verbannt.<sup>137</sup> Dissens gab es diesbezüglich auch in der grünen Bundestagsfraktion. So kritisierten die Abgeordneten Verena Krieger und Birgit

---

<sup>133</sup> Vgl. Lafontaine 1988a: 82 f.; Lafontaine 1988b: 38.

<sup>134</sup> Glotz 1992: 175.

<sup>135</sup> Schreyer 1987: 274.

<sup>136</sup> Ostner 1988: 57.

<sup>137</sup> Gorz 1991: 142 ff.; siehe auch "Streit um grüne Sozialpolitik", in: Montagszeitung Juni 1984: 8

---

Arkenstette in einem offenen Brief an ihre Fraktionskollegin Gabriele Potthast deren Forderung nach einer radikalen Entkoppelung von Arbeit und Einkommen:

"Auch und gerade wer keine reformistischen Politikkonzepte vertritt, kann nicht – um einer abstrakten Utopie willen – zynisch über konkrete Probleme von Menschen hier und jetzt hinweggehen. [...] Es geht nicht an, nun die Interessen einer Gruppe, des Mittelstandes, herauszugreifen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die diese Freiräume, vom Ausstieg zu träumen, nicht haben, aufzupropfen."<sup>138</sup>

Mit diesen Bedenken griffen sowohl Gorz als auch Krieger und Arkenstette genau die Vorbehalte auf, die auch die Sozialdemokraten gegen ein Grundrecht auf arbeitsloses Einkommen geltend gemacht hatten. Man fürchtete bei den Grünen einerseits die Kritik traditioneller "Sozialisten" innerhalb der Partei, andererseits beeinflusste die strikte Ablehnung eines arbeitslosen Einkommens durch die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlich orientierte Linke auch die Konfliktstruktur bei den Grünen.<sup>139</sup>

### ***Grüne Grundsicherung – Zwischen garantiertem Grundeinkommen, Grundrente und bedarfsorientierter Grundsicherung***

Ein wichtiges Element des grünen Grundsicherungsmodells war die Forderung einer Grundrente<sup>140</sup>, die auch den Einstieg in eine allgemeine Grundsicherung darstellen sollte.<sup>141</sup> Der grüne Rentenreformvorschlag verfolgte vor allem drei zentrale Ziele:<sup>142</sup> Erstens wollte man eine Mindestsicherung im Alter, die deutlich oberhalb der Armutsgrenze lag. Grünen Vorstellungen zufolge musste sich eine solche "Grundrente für alle" auf mindestens 1000 DM belaufen.<sup>143</sup> Zweitens wollte man eine eigenständige Alterssicherung der Frauen verwirklichen<sup>144</sup> und drittens wollte man eine einheitliche Alterssicherung für die ganze

---

<sup>138</sup> "Streit um grüne Sozialpolitik", in: Montagszeitung Juni 1984: 8 f.

<sup>139</sup> Raschke 1993: 111.

<sup>140</sup> Vgl. Antrag des Abgeordneten Bueb und der Fraktion Die Grünen vom 18.6.1985, Grundrente statt Altersarmut, BT–Drs. 10/3496; Bueb u.a. 1985: 25 ff.; Opielka/Zander 1988.

<sup>141</sup> Vgl. Schmähl 1993: 272.

<sup>142</sup> Vgl. Die Grünen/Seniorenschutzbund "Graue Panther" 1985: 77 ff. Vgl. auch Opielka 1985: 220.

<sup>143</sup> Diese Zahl bezieht sich auf Forderungen aus der ersten Hälfte der 80er Jahre (vgl. Bueb u.a. 1985: 25 ff.; vgl. auch BT–Drs. 10/3496).

<sup>144</sup> Dies war ein wichtiges Ziel des grünen Reformmodells. Das bestehende Rentensystem wurde von den Grünen scharf kritisiert, da es Frauen benachteilige, indem es Kindererziehung ignoriere und Lohndiskriminierungen durch die Rentenformel im Alter fortschreibe. Diesem Missstand wollten die Grünen abhelfen. So sollten drei Jahre Kindererziehungszeiten pro Kind für alle Rentnerinnen und Rentner mit dem Durchschnitt der rentenversicherungspflichtigen Einkommen bewertet werden. Und um für den nichterwerbstätigen oder gering verdienenden Ehepartner Zusatzrentenansprüche in gleicher Höhe zu gewährleisten, sah das grüne Modell ein Beitragssplitting vor, indem während der Ehe gezahlte Beiträge je zur Hälfte beiden Partnern zugerechnet werden sollten (nichtehelichen Lebensgemeinschaften sollte ein freiwilliges Beitragssplitting offen stehen).

---

Bevölkerung. Angestrebt wurde eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme. So sollten die "privilegierten Sondersysteme" für Beamte und Selbständige abgebaut und diese, wie auch Freiberufler, in die Beitragspflicht der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden. Das Mitte der 80er Jahre entwickelte und vorgeschlagene grüne Rentenmodell basierte auf zwei Säulen:<sup>145</sup>

- Die erste Säule bildete eine steuerfinanzierte Grundrente. Deutsche Staatsbürger und Ausländer mit Niederlassungsrecht in der Bundesrepublik sollten eine steuerfinanzierte Grundrente von mindestens 1000 DM im Monat, jährlich dynamisiert, erhalten. Mit dem sechzigsten Lebensjahr sollte die Grundrentenberechtigung beginnen. Die zur Finanzierung der Grundrente erforderlichen Mittel wollte das grüne Konzept durch eine Bruttowertschöpfungssteuer aufbringen, um einen Ausgleich des Finanzierungsanteils zwischen personal- und kapitalintensiven Unternehmen zu erreichen.<sup>146</sup> Zusätzlich wurde die Einführung einer Energiesteuer diskutiert. Die den Betrieben hierdurch entstehenden Belastungen sollten durch den Wegfall der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung ausgeglichen werden. Die dadurch bewirkte Verringerung der Lohnnebenkosten sollte den Einsatz von Arbeit begünstigen.
- Die zweite Säule des grünen Rentenmodells bestand in einer obligatorischen Zusatzversicherung, die ausschließlich aus Beiträgen der Erwerbstätigen – einschließlich der Selbständigen, Beamten und Landwirte – finanziert werden sollte und deren Leistungen beitragsbezogen sein sollten, um auf diese Weise dem Prinzip der Lebensstandardsicherung Rechnung zu tragen. Die Versicherungspflicht bei der Zusatzrente sollte die Stetigkeit des Versichertenkreises, die für die im Umlageverfahren geplante Finanzierung notwendig war, gewährleisten. Außerdem sollten Einzelne oder gar ganze Berufsgruppen sich nicht mehr dem Beitrag zur Sozialversicherung entziehen können. Auf diese Weise wollte man ein größeres Umverteilungspotential erreichen. Pensionen und Renten oberhalb einer künftig geltenden höchstmöglichen Gesamtversorgung aus Grund- und Zusatzrente sollten – so sah es der von den Grünen 1985 in den Bundestag eingebrachte Antrag "Grundrente statt Altersarmut" vor – eingefroren werden. Die Gesamtkosten des grünen Rentenmodells wären zwar höher als die der gesetzlichen Rentenversicherung, aber die Mehrkosten würden zum Teil – so das Kalkül – durch sinkende Ausgaben in anderen Bereichen, wie der Sozialhilfe, der Alterssicherung für Landwirte, der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und den Beamtenpensionen gedeckt.<sup>147</sup>

In die Grundrentendebatte wurden von Seiten der Grünen unterschiedliche Konzepte eingebracht. Es herrschte ein programmatisches Nebeneinander von Forderungen nach einer "bedarfsorientierten Grundsicherung" und dem Vorschlag der oben skizzierten steuerfinanzierten, bedürftigkeitsunabhängigen Grundrente plus obligatorischer, beitragsfinanzierter Zusatzrente. Als ersten Schritt zur wirksamen Bekämpfung von

---

<sup>145</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Bueb u.a. 1985: 25 ff. sowie BT-Drs. 10/3496.

<sup>146</sup> Dieser Vorschlag glich der SPD-Forderung nach einem Wertschöpfungsbeitrag.

<sup>147</sup> Darüber hinaus wurde, neben der Senkung von Spitzenrenten, eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung erwogen.

Altersarmut favorisierten die Grünen die "bedarfsorientierte Grundsicherung", wohingegen der Umbau der Rentenversicherung in ein System aus Grund- und Zusatzrente als längerfristige Aufgabe betrachtet wurde.<sup>148</sup> Kritiker bemängelten, dass es nicht einleuchtend sei, die Grundsicherung auf das Alter zu beschränken. Wer eine staatliche Grundsicherung propagiere, müsse dies auch für den Fall der Krankheit und der Arbeitslosigkeit tun. In ihrem Umbauprogramm von 1986 setzten die Grünen daher an die Stelle der Zweiteilung von Grund- und Zusatzrente mit dem von Walter Hanesch und Thomas Klein entwickelten Konzept einer "integrierten bedarfsorientierten Grundsicherung für alle Lebenslagen" eine versicherungsinterne Sockelung, die dem SPD-Modell einer "Sozialen Grundsicherung" stark angenähert war. Der Charakter des grünen Grundsicherungsmodells wandelte sich damit zu einer bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherungskonzeption.<sup>149</sup>

Tabelle 1: Grüne Grundsicherungsmodelle im Überblick

<b>Grundrentenmodell + obligatorische Zusatzrente</b>	
Höhe	Mindestens 1000,- DM monatlich
Ausgestaltung	1. Säule: steuerfinanzierte Grundrente 2. Säule: aus Arbeitnehmerbeiträgen (im Umlageverfahren) finanzierte Zusatzrente ☉ dadurch erreichbare Gesamrente von 1700,- DM
Finanzierung	– Bruttowertschöpfungssteuer – Erweiterung des Beitragsaufkommens durch Einbeziehung weiterer Personengruppen in die Beitragspflicht (Beamte, Selbständige, Landwirte)
Anspruchsberechtigte	Jeder Bürger vom 60. Lebensjahr an
<b>Integrierte bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für alle Lebenslagen</b>	
Höhe	– Grundsicherung soll deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen und (1986) mindestens 1000,- DM monatlich betragen (für Ehepaare 1750,- DM) – im Alter Aufstockung der Grundsicherung auf 1200,- DM
Kinder	– bedarfsdeckendes Kindergeld statt Ehegattensplitting: Zusätzlich zur Grundsicherung soll es für jedes Kind je nach Alter zwischen 210 und 450 DM geben – bei höheren Einkommen Kürzung des Kindergeldes – Betreuungsgeld für Erziehende von mindestens 1200,- DM monatlich
Anspruchsberechtigte	Alle bedürftigen Lebenslagen bei Erziehung, Erwerbslosigkeit, Behinderung, Alter
Bedarfsprüfung	Anrechnung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen
Mehrkosten	31 bis 35 Milliarden DM pro Jahr

<sup>148</sup> Vgl. Opielka/Zander 1988: 28.

<sup>149</sup> Vgl. Nullmeier/Rüb 1993: 173.

Finanzierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erweiterung des Beitragsaufkommens durch Einbeziehung weiterer Personengruppen in die Beitragspflicht</li> <li>– Steuererhöhungen (Anhebung der Vermögenssteuersätze, Einführung einer Quellensteuer für Zinseinkünfte)</li> <li>– Schließung von Steuerschlupflöchern</li> <li>– Abbau von Subventionen</li> </ul>
Ehegattensubsidarität	Unterhaltsverpflichtung nur für Ehegatten und für Eltern gegenüber minderjährigen Kindern (bis 27 Jahre bei Ausbildung)

Die Grünen hofften, dieses Programm nach der Bundestagswahl 1987 gemeinsam mit der SPD durchsetzen zu können. Diese lehnte das Grundrentenmodell der Grünen jedoch genauso ab wie die Sozialpolitiker der Regierungskoalition. Vielmehr sahen sich die Grünen Ende der 80er Jahre als einzige Opposition einer großen Rentenkoalition gegenüber. Abgeordnete der Unionsparteien belächelten den grünen Rentenreformvorschlag gar als "Bio- und Müsli-Rente".<sup>150</sup> Sowohl SPD- als auch CDU-Sozialexperten waren gegen eine radikale Reform des bestehenden Rentensystems und wollten die beitrags- und lohnbezogene Lebensstandardsicherung der Rente aufrechterhalten. Bundesarbeitsminister Blüm lehnte eine Grundrente daher entschieden ab:

"Ich sehe in der Grundrente eine Absage an das Versicherungsprinzip. Ich sehe in der Grundrente eine Absage an den Leistungsgedanken und eine Absage an die Solidarität der Generationen."<sup>151</sup>

Die Rentenversicherung habe, betonte Blüm, nicht die Aufgabe einer allgemeinen Grundsicherung, sondern die der Verstetigung des Lebenseinkommens.<sup>152</sup> Die SPD-Sozialpolitiker teilten diese Auffassung.

Das Modell der Grünen sah jährliche Mehrausgaben von 35 Milliarden Mark vor. Kritiker des Konzepts zweifelten daher vor allem an seiner Finanzierbarkeit<sup>153</sup> und befürchteten bei einer Grundsicherung, deren Höhe deutlich über dem bisherigen Sozialhilfesatz liegen würde, negative Folgen für die Arbeitsbereitschaft. Da in Deutschland eine lange Tradition der einkommensbezogenen Alterssicherung bestehe, spräche vieles dafür – so Rentenexperte Winfried Schmähl –, dass Abgaben mit genau definierter Gegenleistung eher akzeptiert

<sup>150</sup> Vgl. BT-PIPr. 10/147: 10929.

<sup>151</sup> Norbert Blüm, Rede auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in Berlin am 25. Mai 1985, zitiert nach Beywl 1994: 91.

<sup>152</sup> Vgl. ebd.: 91.

<sup>153</sup> So hatte das DIW im Auftrag der Grünen errechnet, dass sich das Grundrentenmodell der Grünen nur dann finanzieren ließe, wenn alle öffentlichen Mittel für die Altersversorgung (einschließlich Beamtenpensionen) für die Grundsicherung verwendet würden. Zusätzlich müsse eine Wertschöpfungssteuer von 5 % statt der lohnbezogenen Arbeitgeberbeiträge erhoben werden (DIW 1985).

---

würden als solche, die rein interpersonellen Umverteilungszwecken dienen. Wenn die Leistungs- und Gegenleistungsbeziehung im Alterssicherungssystem abgebaut werde, könne dies außerdem zu einer Ausdehnung des Schattensektors führen. Dies wiederum habe einen schwächeren Anstieg des verteilungsfähigen Sozialprodukts zur Folge, womit Umverteilungsaufgaben schwieriger zu realisieren seien.<sup>154</sup> Offe hielt dieser Kritik entgegen, dass die negativen Motivationswirkungen des Modells überschätzt würden.<sup>155</sup> Ein gewichtiger Einwand war überdies, dass die Übergangsphase vom bestehenden Umlageverfahren in der Alterssicherung zum Grundrentensystem eine Doppelbelastung der Beitragszahler bedeuten würde. Da die bereits erworbenen Ansprüche aus juristischen und politischen Gründen nicht gestrichen werden könnten, müssten zwei Sicherungssysteme über längere Zeit nebeneinander erhalten werden. Die dynamisch lohnbezogene Rente würde von der jungen Generation weiterhin finanziert; die Beitragszahler würden aber im Gegenzug selbst nur eine Grundrente bekommen.<sup>156</sup>

## 4 Die Grünen als *die* sozialpolitische Innovationspartei in den 80ern?

Die Grünen waren in den 80er Jahren auf dem Feld der Sozialpolitik keineswegs untätig. Im Gegenteil.

"Während früher das direkte und indirekte Droh- und Störpotential der Arbeiterbewegung als entscheidender Motor der Sozialstaatsausgestaltung gewirkt hat, politisieren heute eher Bürgerinitiativen und spontane Bürgeraktionen (Hausbesetzungen) soziale Mißstände. Sie setzen die Etablierten durch provokative Aktionen unter Entscheidungsdruck und sorgen für sozialpolitische Modifikationen der etablierten Gesellschaftszustände."<sup>157</sup>

Versteht man Innovation als "[...] 'neue' Definition alter Probleme, Einfügung neuer Punkte in die politische Tagesordnung, Repräsentation neuer Interessen und neuer Minderheiten [...] und neue Wege der Organisation und Mobilisierung von Wählern [...]"<sup>158</sup>, dann waren die Grünen auf dem Feld der Sozialpolitik in vielen Punkten innovativer als die Sozialstaatspartei SPD. So bezogen sie in ihre sozialpolitischen Konzepte neuere Befunde aus der Wissenschaft

---

<sup>154</sup> Vgl. Schmähl 1986.

<sup>155</sup> Die "ökonomistische" Rechnung verkenne die Rolle der "intrinsischen" Motive, die vom Vollzug bestimmter Lebensformen selbst und nicht durch Zuteilung oder Vorenthaltung äußerer Entschädigungen genährt würden (Offe 1990: 200).

<sup>156</sup> Vgl. Schmähl 1986: 124. Vgl. auch Blüm, zitiert nach Beywl 1994: 90 f.

<sup>157</sup> Himmelmann 1983: 112.

<sup>158</sup> Lehbruch 1998: 22.



---

ein. Erkenntnisse der Armut-, Lebenslagen- und Genderforschung fanden Eingang in grüne Sozialstaatskritik und Problemlösungsansätze. Dies schlug sich u.a. nieder in Forderungen nach einer Neudefinition des Arbeitsbegriffs und in der Kritik an der den sozialen Sicherungssystemen zugrunde liegenden Vorstellung einer Normalarbeitsbiographie. Zur Aufhebung sozialer Ungleichheit akzentuierten die Grünen – vor allem mit dem Blick auf Frauen, Arbeitslose, Alte, Kranke und Behinderte – emanzipatorische Zielvorstellungen. Bei alledem brachen die grünen Sozialpolitikkonzepte mit traditionellen gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen wie Wachstumshoffnung, Vollbeschäftigungsideologie und Erwerbsarbeitszentrierung.

Strukturelle – mit dem alten System nicht vereinbare – Neuansätze zu vertreten fiel den Grünen allerdings auch leichter als den Sozialdemokraten, denn sie mussten nicht so viele Rücksichten nehmen wie die Volkspartei SPD. Schon Duverger verwies in seinem als Klassiker geltenden Werk "Die politischen Parteien" darauf, dass Charakter und Form der Opposition auch von ihrer Größe abhängen:

"Die Art der Opposition ist nicht die gleiche, ob es sich um eine große Partei handelt, die viele verschiedene und häufig sich widersprechende Interessen bei sich aufnimmt, oder um eine kleine Partei, in der sich nur wenige Leute von unbezähmbarem Temperament oder speziellen und abgegrenzten Interessen zusammenfinden. Eine Partei, die nur eine verhältnismäßig einheitliche gesellschaftliche Klasse vertritt, kann eine entschiedener und eindeutiger Haltung einnehmen als eine Partei, die mehrere Klassen mit unterschiedlichen Interessen vertritt oder eine uneinheitliche Klasse [...]."<sup>159</sup>

Im Gegensatz zur Volkspartei SPD vertraten die kleineren Grünen eine verhältnismäßig homogene mittlere Gesellschaftsschicht und konnten daher auch entschiedene und bisweilen radikale Positionen einnehmen.

Die grüne Sozialstaatskritik an Wachstumsorientierung, Zentralisierung und staatlichen Verteilungsbürokratien war vor allem eine Kritik am sozialdemokratischen Modell. Die grüne Sozialpolitik stellte daher eine Herausforderung für die SPD dar. Viele der grünen Konzepte waren mit sozialdemokratischen Leitvorstellungen nicht vereinbar. Insbesondere die Konzepte, die den Stellenwert der Erwerbsarbeit betrafen, waren zwischen SPD und Grünen in den 80er Jahren nicht konsensfähig. Während die Grünen vom Vollbeschäftigungsversprechen abrücken und Einkommen und Arbeit entkoppeln wollten, kam dies für die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten nicht in Frage. Für SPD und Gewerkschaften galten die Grünen daher lange als Vertreter eines 'arbeiterfeindlichen Ausstiegs aus der Industriegesellschaft'.

---

<sup>159</sup>

Duverger 1959: 421.

Tabelle 2: Sozialpolitische Gegensätze von SPD und Grünen in den 80er Jahren

SPD	Grüne
Staatliche Intervention zur Absicherung sozialer Risiken; Festhalten an kollektiven solidarischen Sicherungssystemen	"Kleine Netze", Selbsthilfe (Entprofessionalisierung und Entbürokratisierung) anstelle großer, entmündigender Sozialstaatsbürokratien
Festhalten am Vollbeschäftigungsziel	Abschied vom Vollbeschäftigungsversprechen, denn Vollbeschäftigung sei nicht mehr möglich und Sorge für (ökologisch bedenklichen) Wachstumsdruck
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erwerbsarbeit als zentrale gesellschaftliche und sozialstaatliche Ausgangsprämisse</li> <li>– Festhalten am traditionellen Arbeitsbegriff</li> <li>– keine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– "Abwertung der Erwerbsarbeit"</li> <li>– Neudefinition des Arbeitsbegriffs</li> <li>– Entkoppelung von Arbeit und Einkommen (Transfereinkommen als Substitut für Arbeitseinkommen)</li> </ul>
Sozialstaat soll Auswirkungen des Marktes abfedern (Dekommodifizierung); er soll als Garant für den sozialen Frieden dienen, aber gleichzeitig zur Verbesserung der wirtschaftlichen Performanz beitragen	Außerkräftsetzung der Marktkräfte ♣ "Befreiung von falscher Arbeit"

Die von grün-alternativer Seite formulierte Wachstumskritik, die Forderung nach sozialstaatlicher Entbürokratisierung und die Verbindung von Ökologie und Sozialpolitik fanden jedoch bereits in den 80er Jahren nach und nach Eingang in die sozialpolitischen Debatten der Sozialdemokratie.<sup>160</sup> Trotz aller Gegensätze beeinflussten die grüne Sozialstaatskritik sowie ihre Leitideen und Konzepte die sozialpolitischen Erneuerungsversuche der SPD und die Sozialdemokraten versuchten, Teile der links-libertären Positionen in ihre Sozialpolitik zu integrieren: So wiesen die Armutsdebatte<sup>161</sup>, die Betonung von Individualität und Selbsthilfe<sup>162</sup>, die Einbeziehung der Ökologie in sozialpolitische Programme<sup>163</sup> sowie der von Lafontaine eingebrachte Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich und der Neubestimmung des Arbeitsbegriffs starke Parallelen zu den oben skizzierten Konzepten der Grünen auf.<sup>164</sup> Doch umgekehrt hatte die SPD auch auf die Grünen Einfluss. Weder das Arbeitszeitkonzept noch die radikale Idee eines (arbeitslosen) Grundeinkommens waren innerhalb der Grünen

<sup>160</sup> Gohr 2001; 2002.

<sup>161</sup> Vgl. SPD 1988; SPD 1983; SPD 1984a.

<sup>162</sup> SPD 1985.

<sup>163</sup> So brachte die SPD-Bundestagsfraktion 1984 das Programm "Arbeit und Umwelt" in den Bundestag ein (BT-Drs. 10/1722, 5.7.84). Vgl. auch SPD 1984b.

<sup>164</sup> Vgl. Gohr 2001; 2002. Einen beträchtlichen Einfluss auf die SPD schreiben sich die Grünen auch selbst zu. So heißt es in einer Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung, dass die grünen sozialpolitischen Vorschläge vor allem wegen ihres Einflusses auf SPD und Gewerkschaften als erfolgreich zu werten sind (Heinrich-Böll-Stiftung 2001: VII f.).

---

unumstritten und es war hier nicht zuletzt die Kritik von SPD und Gewerkschaften, die die grünen parteiinternen Spannungslinien mitbestimmte.<sup>165</sup>

Auf dem Feld der Sozialpolitik fand bei der SPD in den 80er Jahren keine "contagion from the right"<sup>166</sup> statt. Die von Jens Borchert vertretene These, dass die Sozialdemokratie bereits seit den 70er Jahren eine "konservative Transformation" vollzogen habe<sup>167</sup>, erscheint daher übertrieben. Vielmehr ist auf dem hier untersuchten Feld der Sozialpolitik in den 80er Jahren eher eine "contagion from the left" festzustellen.<sup>168</sup> Die von Borchert und anderen konstatierte Anpassung der Sozialdemokratie an konservativ-liberale bzw. christdemokratische Diskurse, die in der Debatte um den "dritten Weg" kulminierte, begann dagegen erst in den 90er Jahren.<sup>169</sup>

Die sozialpolitischen Konzepte der Grünen aus den 80er Jahren sind inzwischen kaum noch Gegenstand aktueller Debatten in der Partei.<sup>170</sup> Dies ist umso erstaunlicher, als für einige grüne Konzepte aus den 80er Jahren die politische Themenkonjunktur durchaus günstig wäre. So wären in der Debatte um eine bessere Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt die grünen Forderungen aus den 80er Jahren nach einer geschlechtergerechten Verteilung von Erwerbsarbeit und haushaltsbezogenen Dienstleistungen höchst aktuell. Und die alte grüne Forderung nach einer Stärkung des bürgergesellschaftlichen Engagements und der Neukzentuierung von kollektiver Sicherung auf der einen und individueller Selbsthilfe auf der anderen Seite würde sich gut in die aktuellen Debatten um eine "aktivierende Sozialpolitik" fügen. Stattdessen wurden die innovativen Ansätze der 80er Jahre, wie eine jüngste Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung beklagt, "[...] durch illusionäre und egalitäre Vorstellungen von den Möglichkeiten einer staatlich regulierten Sozialpolitik überlagert"<sup>171</sup>.

---

<sup>165</sup> Zumal sich viele Grüne als natürlicher SPD-Juniorpartner betrachteten (Markovits/Gorski 1997: 489; vgl. auch Schmid 1986a: 14).

<sup>166</sup> Young 1995.

<sup>167</sup> Borchert 1995; 1996: 62.

<sup>168</sup> Diese Beobachtung trifft auch für andere Politikfelder zu. So war die SPD mit Entscheidungen, wie dem Beschluss über den Ausstieg aus der Atomenergie und der Absage zur Raketenstationierung auch auf dem Feld der Energie- und Sicherheitspolitik bemüht, links-libertäre Positionen zu integrieren.

<sup>169</sup> Zum "dritten Weg" siehe Giddens 1999. Seeleib-Kaiser verweist zu Recht darauf, dass diejenigen, die der Sozialdemokratie die Übernahme eines neoliberalen Politikansatzes attestieren, die Rolle der Christdemokratie übersehen, die traditionell den dritten Weg zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie verkörperte. Mit der Betonung von Chancengleichheit, dem Setzen auf mehr Markt, der Verbesserung der Angebotsbedingungen durch eine Absenkung von Steuerlast und Sozialversicherungsabgaben sowie der Betonung der Familie und zivilgesellschaftlicher Arrangements greife die Sozialdemokratie auf Elemente christdemokratischer Programmatik zurück (Seeleib-Kaiser 2001: 19 ff.).

<sup>170</sup> So gehören "Garantiertes Grundeinkommen" und Grundrente nicht zu den derzeitigen Reformforderungen der Grünen (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2001).

<sup>171</sup> Ebd.: II. Die zentrale Empfehlung der Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung besteht vor allem in einer Neujustierung von solidarischer Absicherung auf der einen und individueller Verantwortung auf der anderen Seite, wobei die Stärkung von Eigenverantwortung und Selbsthilfefähigkeit betont wird.

---

Das Konzept einer Entkopplung von Arbeit und Einkommen mit Hilfe eines garantierten Grundeinkommens wird von den Grünen längst nicht mehr gefordert. Vielmehr wird mittlerweile konstatiert, dass "die allgemeine Integrationsverantwortung einer erwerbsarbeitsorientierten Politik [...] unbestritten"<sup>172</sup> sei.

Dabei könnten einige von der rot-grünen Regierung verwirklichte Maßnahmen durchaus als Realisierung alter grüner Forderungen gewertet werden. So wurde die Grundsicherungsidee inzwischen mit der Rentenreform im Jahre 2001 in die Alterssicherung eingeführt<sup>173</sup>, aber sie entspricht eher dem sozialdemokratischen Modell einer sozialen Grundsicherung und konnte auch nicht als grünes Konzept kommuniziert werden. Der im Jahre 2001 von der Bundesregierung vorgelegte Armutsbericht ließe sich ebenfalls mit traditionellen grünen Positionen in Verbindung bringen, aber dass es vor allem die Grünen waren, die in den 80er Jahren das Thema Armut auf die politische Agenda brachten, ist heute in Vergessenheit geraten.

Dass die grünen Sozialpolitikkonzepte der 80er Jahre kaum noch eine Rolle spielen, hängt mit einer Entwicklung zusammen, die ein Autor als "Verstaatlichung einer Partei" bezeichnet hat.<sup>174</sup> Mit zunehmender Regierungsverantwortung zunächst auf kommunaler- und Länderebene und seit September 1998 in einer Koalition mit der SPD im Bund sind auch die Grünen sozialpolitisch auf den "mittleren Weg"<sup>175</sup> eingeschwenkt, der für die Sozialpolitik hierzulande charakteristisch ist.

Gänzlich von der politischen Agenda verschwunden sind die grünen Konzepte aus den 80er Jahren allerdings nicht, denn einige der Ansätze finden sich nun stattdessen bei der PDS wieder. So werden im PDS-Parteiprogramm u.a. eine ökologische Umgestaltung des gesellschaftlichen Arbeitssystems, eine Überwindung der Bürokratisierung sozialer Einrichtungen, eine Förderung der Selbstorganisation von Betroffenen, die Entkoppelung von Sozialleistungen und individuell geleisteter Erwerbsarbeit sowie die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen aller Altersgruppen gefordert.<sup>176</sup>

---

<sup>172</sup> Ebd.: X.

<sup>173</sup> Siehe Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Artikel 12 des Gesetzes vom 26. Juni 2001, BGBl. I: 1310, Inkrafttreten ab 1.1.2003). Im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung können Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland die beitragsunabhängige, bedarfsorientierte Grundsicherung beantragen. Die Unterhaltsverpflichtungen der Antragsberechtigten gegenüber Kindern und Eltern wurden eingeschränkt.

<sup>174</sup> Tiefenbach 1998.

<sup>175</sup> Schmidt 1990.

<sup>176</sup> PDS 1998: 13 ff. Mit der zunehmenden Einbeziehung der Postkommunisten in Regierungsverantwortung auf föderaler Ebene ist in Zukunft ein Einschwenken auf den mittleren Weg auch von Seiten der PDS wahrscheinlich.

---

## Literatur\*

- Arendt, Hannah, 1997: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Auhagen, Hendrik, 1982: "Konstanzer Wirtschafts AG, Umriss eines grünen Alternativprogramms zur Wirtschaftskrise", in: Die Grünen (Hrsg.), *Grünes NRW Info – Sonderheft 1 zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau 18.–20. Juni 1982*: 6–8.
- Bäcker, Gerhard/Kühn, Hagen, 1985: "Grundfragen zur Diskussion um die Sozialpolitik", in: Wolfgang Abendroth u.a. (Hrsg.), *SPD – Jenseits von Godesberg, Beiträge zur Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm*. Heilbronn: Distel Verlag, 96–113.
- Bayer, Wolfgang, 1986: "Grundlinien grün–alternativer Arbeitszeitpolitik", in: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung von ökonomischem Neuland*. Frankfurt/M., New York: Campus, 193–210.
- Bayer, Wolfgang, 1988: "Zeit für andere Arbeitszeiten", in: Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), *Info Mai 1988, Arbeit & Soziales*: 3–4.
- Bayer, Wolfgang/Stratmann, Eckhard, 1982: "Ziele grüner Strukturpolitik", in: Die Grünen (Hrsg.), *Grünes NRW Info – Sonderheft 1 zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau 18.–20. Juni 1982*: 13–14.
- Berger, Johannes/Kostede, Norbert/Wiesenthal, Helmut, 1982: "Grundlinien ökologischer Wirtschafts– und Sozialpolitik", in: Die Grünen (Hrsg.), *Grünes NRW Info – Sonderheft 1 zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau 18.–20. Juni 1982*: 62–63.
- Beyme, Klaus von, 1997: *Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Beywl, Wolfgang, 1994: *Soziale Sicherung*. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Reihe Kontrovers, Bonn.
- Borchert, Jens, 1995: *Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich*. Frankfurt M./New York: Campus.
- Borchert, Jens, 1996: "Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie", in: Jens Borchert/Lutz Golsch/Uwe Jun/Peter Lösche (Hrsg.), *Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*. Opladen: Leske+Budrich, 39–80.
- Bueb, Eberhard/Opielka, Michael/Schreyer, Michael, 1985: "Grundrente statt Altersarmut", *Kommune* 3, Heft 6: 25–29.
- Buhr, Petra/Leisering, Lutz/Ludwig Monika/Zwick, Michael, 1991: "Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten", in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Die alte Bundesrepublik – Kontinuität und Wandel*, Leviathan Sonderheft 12/1991: Westdeutscher Verlag, 502–546.

---

\* Bundestagsdrucksachen und –plenarprotokolle wurden nicht in das Literaturverzeichnis aufgenommen, sondern direkt in den entsprechenden Fußnoten vollständig zitiert.

- 
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 1985: *Quantitative Analysen für ein alternatives Rentenmodell der Alterssicherung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*. Berlin.
- Die Grünen, 1983: *Sinnvoll arbeiten – Solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau*, verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung am 15./16. Januar 1983 in Stuttgart–Sindelfingen.
- Die Grünen, 1986: *Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung*, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg, 26.–28. September 1986.
- Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreise Wirtschaft und Arbeit & Soziales (Hrsg.), 1984: *Arbeitszeit–Forum – Arbeitszeitpolitik der Grünen*, o.O.
- Die Grünen im Landtag von Baden–Württemberg (Hrsg.), 1987: *Arme und Arbeitslose im reichen Baden–Württemberg*. Stuttgart.
- Die Grünen/Seniorenschutzbund "Graue Panther" (Hrsg.), 1985: *Grundrente statt Altersarmut. Die Grünen und die 'Grauen Panther' fordern Rentenreform*. Perspektiven der Sozial– und Gesundheitspolitik Bd. 1. Berlin/Essen: Verlagsgesellschaft Gesundheit / Klartext–Verlag.
- Diemer, Niko/Völker, Wolfgang, 1982: "Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich? Probleme mit dem Sozialstaat", *Widersprüche*, Heft 4/5: 33–43.
- Duverger, Maurice, 1959: *Die Politischen Parteien*. Tübingen: Mohr.
- Ernst–Pörksen, Michael, 1983: "Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik. Memorandum und das Wirtschaftsprogramm der Grünen", *Sozialistische Politik und Wirtschaft* (SPW) 6, Heft 20: 291–298.
- Fink, Ulf (Hrsg.), 1983: *Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene*. Freiburg u.a.: Herder.
- Fohmann, Angelika/Opielka, Michael/Schmollinger, Martin, 1983: "Grüne Thesen zur Sozialpolitik", *Widersprüche* 3, Heft 6: 143–149.
- Fücks, Ralf, 1990a: "Wider den Grünen Status Quo", *Kommune* 8, Heft 6: 6–9.
- Fücks, Ralf, 1990b: "Ökologie und Soziales nicht einfach addieren", in: Die Grünen/Bündnis 90 im Bundestag: *Info November '90, Arbeit & Soziales*, Bonn: 33.
- Giddens, Anthony, 1999: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Glitz, Peter, 1985: *Manifest für eine Neue Europäische Linke*. Berlin: Siedler.
- Glitz, Peter, 1986: "Freiwillige Arbeitslosigkeit? Zur neueren Diskussion um das 'garantierte Grundeinkommen'", in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.), *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuchverl., 135–148.
- Glitz, Peter, 1992: *Die Linke nach dem Sieg des Westens*. Stuttgart: Fischer Taschenbuchverl.
- Gohr, Antonia, 2001: "Eine Sozialstaatspartei in der Opposition: Die SPD–Sozialpolitik in den 80er Jahren", in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, Prozess, Leistungsprofil*. Opladen: Leske + Budrich, 262–293.

- 
- Gohr, Antonia, 2002: *Was tun, wenn man die Regierungsmacht verloren hat? Die Sozialpolitik der SPD–Opposition in den 80er Jahren*. Universität Bremen: Promotionsschrift (Publikation in Vorbereitung).
- Gorz, André, 1991: *Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken. Mit Fragen von Otto Kallscheuer*. [Berlin].
- Gross, Peter, 1990: "Selbsthilfe und Selbstverantwortung als normative Leitideen der Sozialpolitik", in: Christoph Sachße/H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 85–105.
- Habermas, Jürgen, 1988: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heinrich–Böll–Stiftung, 2001: "Neue Impulse für Arbeit und Soziales. Expertise der Projektkommission Arbeit und Soziales der Heinrich–Böll–Stiftung", *Kommune 7*: I–XVI.
- Heinze, Rolf G./Schmid, Josef/Strünck, Christoph, 1999: *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat*. Opladen: Leske + Budrich.
- Himmelman, Gerhard, 1983: "Sozialstaat als Politikprozeß", *Gegenwartskunde* 32, Heft 1: 101–129.
- Hustedt, Michael/Loske, Reinhard/Nacken, Gisela/Stein, Tine/Ulrich, Bernd, 1990: *Ökologisches Manifest für eine grüne Zukunft* (2. Fassung), 11. Mai 1990, o.O.
- Kallscheuer, Otto, 1983: "Sozialdemokratische Theorie – am Ende des Fortschritts?", in: Bodo Zeuner (Hrsg.), *Genossen, was nun? Bilanz und Perspektiven sozialdemokratischer Politik*. Hamburg: Konkret Literatur Verl., 21–40.
- Kallscheuer, Otto, 1985: "Zur Programmdiskussion in der SPD: Grüne Herausforderung oder sozialistische Theorie der Wirtschaftsdemokratie?", *Perspektiven ds 2*, Heft 1: 53–62.
- Kaltefleiter, Werner, 1983: "Die Bundestagswahl vom 6. März 1983: Bestimmungsgründe und Bedeutung für die deutsche Politik", in: Warnfried Dettling (Hrsg.), *Deutsche Parteien im Wandel*. München, Wien: Olzog, 19–33.
- Lafontaine, Oskar, <sup>3</sup>1988a: *Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Lafontaine, Oskar, 1988b: "Wie bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit?", *Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis*, Nr. 79: 30–38.
- Lafontaine, Oskar, 1990: "Weniger Arbeit, mehr Demokratie", in: ders. (Hrsg.), *Das Lied vom Teilen. Die Debatte über Arbeit und politischen Neubeginn*. München: Hoffmann und Campe, 9–54.
- Lehmbruch, Gerhard, <sup>2</sup>1998 [zuerst 1976]: *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Leibfried, Stephan/Tennstedt, Florian, 1985: "Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen", in: dies. (Hrsg.), *Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 64–93.

- 
- Leisering, Lutz, 1992: "Selbststeuerung im Sozialstaat – zur Verortung der Rentenreform 1992 in der Sozialpolitik der 80er Jahre", *Zeitschrift für Sozialreform* 38, Heft 1: 3–39.
- Leisering, Lutz, 1993: "Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft", *Soziale Welt* 44, Heft 4: 486–511.
- Lüdke, Hans–Werner, 1980: "Das Saarbrücker Bundesprogramm (Kurzfassung)", in: Hans–Werner Lüdke/Olaf Dinne (Hrsg.), *Die Grünen*. Stuttgart: Seewald, 211–244.
- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S., 1997: "Das Erbe der Neuen Linken. Grüne Optionen", *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4: 488–496.
- Möller, Joachim, 1982: "Konstanzer Wirtschafts AG – Etablierte Konzepte", in: Die Grünen (Hrsg.), *Grünes NRW Info – Sonderheft 1 zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau 18.–20. Juni 1982*: 3–5.
- Narr, Wolf–Dieter, 1984: "Ökologische Sozialpolitik – Nur ein modischer Sprachumhang?", *Widersprüche* 4, Heft 12: 15–27.
- Negt, Oskar, 1985: *Lebendige Arbeit – enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*. Frankfurt/Main: Campus.
- Nullmeier, Frank/Rüb, Friedbert W., 1993: *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Offe, Claus, 1986: "Sozialstaat und politische Legitimation", in: Albrecht Randelzhofer/Werner Süß (Hrsg.), *Konsens und Konflikt. 35 Jahre Grundgesetz*. Berlin/New York: de Gruyter, 127–132.
- Offe, Claus, 1990: "Akzeptanz und Legitimität strategischer Optionen in der Sozialpolitik", in: Christoph Sachße/H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 179–202.
- Offe, Claus, 1995: "Freiwillig auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt verzichten", in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 165, 19.7.1995: 10.
- Offe, Claus/Wiesenthal, Helmut, 1985: "Die grüne Angst vorm 'Reformismus'. Durch Formfehler ins Formtief", in: Gabriel Falkenberg/Heiner Kersting (Hrsg.), *Eingriffe im Diesseits. Beiträge zu einer radikalen grünen Realpolitik*. Essen: Klartext–Verl., 196–203.
- Opielka, Michael, 1984a: "Ökologisch und sozial, das gehört zusammen! – Anmerkungen zu einem grünen Sozialstaatsverständnis", *Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW)* 7, Heft 23: 206–210.
- Opielka, Michael, 1984b: "Alternativen zum Sozialstaat", *Gewerkschaftliche Monatshefte* 35, Heft 8: 504–511.
- Opielka, Michael, 1985: "Vom Sozialstaat zum ökologischen Gemeinwesen. Für eine neue Sozialpolitik", in: Frank Beckenbach/Jo Müller/Reinhard Pfriem/Eckhard Stratmann (Hrsg.), *Grüne Wirtschaftspolitik. Machbare Utopien*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 206–225.
- Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.), 1987: *Umbau des Sozialstaats*. Essen: Klartext–Verl.



- 
- Opielka, Michael/Schmollinger, Martin, 1982: "Zur Standortbestimmung. Grundzüge grüner Sozialpolitik", in: Die Grünen (Hrsg.), *Grünes NRW Info – Sonderheft 1 zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau 18.–20. Juni 1982*: 58–61.
- Opielka, Michael/Schmollinger, Martin/Fohmann, Angelika, 1983: "Umbau statt Abbau des Soziaistaats – Thesen für eine ökologische Sozialpolitik", *Widersprüche* 3, Heft 8: 7–17.
- Opielka, Michael/Schmollinger, Martin/Fohmann–Ritter, Angelika (Hrsg.), <sup>3</sup>1984: *Die Zukunft des Sozialstaats, Bd. 1: Sozialstaatskrise und Umbaupläne*. Materialien zur sozialpolitischen Diskussion der Grünen, Die Grünen Baden–Württemberg. Stuttgart: Eigenverlag.
- Opielka, Michael/Schreyer, Michael/Bueb, Eberhard, 1985: "Perspektiven einer Grünen Rentenpolitik", in: Die Grünen/Seniorenschutzbund "Graue Panther" (Hrsg.), *Grundrente statt Altersarmut*. Perspektiven der Sozial– und Gesundheitspolitik Bd. 1. Berlin/Essen: Verlagsgesellschaft Gesundheit / Klartext–Verlag, 75–97.
- Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.), 1986: *Das garantierte Grundeinkommen: Entwicklungen und Perspektiven einer Forderung*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuchverl.
- Opielka, Michael/Zander, Margherita (Hrsg.), 1988: *Freiheit von Armut. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion*. Essen: Klartext–Verl.
- Ostner, Ilona/Tatschmurat, Carmen, 1983: "Arbeit", in: Johanna Beyer u.a. (Hrsg.), *Frauenhandlexikon*. München: Beck, 27–33.
- Ostner, Ilona, 1988: "Arme Frauen?", in: Michael Opielka/Margherita Zander (Hrsg.), *Freiheit von Armut. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion*. Essen: Klartext–Verl., 53–57.
- Otto, Ulrich/Opielka, Michael, 1988: "Grundeinkommen und Sozialarbeit", *Neue Praxis* 18, Heft 3: 181–211.
- Pappi, Franz Urban/König, Thomas/Knoke, David, 1995: *Entscheidungsprozesse in der Arbeits– und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch–amerikanischer Vergleich*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- PDS, 1998: *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus* (beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993).
- Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), 1986: *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung von ökonomischem Neuland*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Rapp, Heinz, 1984: "Neue wirtschaftliche Fragen seit Godesberg und mögliche Antworten", *PDS – Perspektiven des Demokratischen Sozialismus* 1/84: 37–48.
- Raschke, Joachim (Hrsg.), 1993: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Frankfurt/Main, Wien: Büchergilde Gutenberg.
- Raschke, Joachim/Nullmeier, Frank, 1995: "Grüne Grundwerte im Härtetest", *Blätter für deutsche und internationale Politik* 40, Heft 10: 1202–1212.
- Rau, Johannes, 1986: "Sozialdemokratische Politik für Familien", *Die Neue Gesellschaft* 33, Heft 11: 968–971.

- 
- Riedmüller, Barbara, 1983: "Soziale Sicherung", in: Johanna Beyer u.a. (Hrsg.), *Frauenhandlexikon*. München: Beck, 266–269.
- Roth, Roland, 1991: "Abkehr vom Etatismus", in: Werner Süß (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren, Innenpolitik – Politische Kultur – Außenpolitik*. Opladen: Leske + Budrich, 203–218.
- Roth, Roland, 1995: "Kommunitaristische Sozialpolitik? Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik", *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 8, Heft 3: 44–53.
- Roth, Roland, 1996: "Grün–alternative Sozialpolitik", *Politische Bildung* 29, Heft 4: 75–87.
- Sattler, Karl–Otto (Hrsg.), 1988: *Mehr Arbeit durch Verzicht?: Die Lafontaine–Debatte im Überblick*. Freiburg i. Br.: Dreisam–Verl.
- Schindler, Peter, 1994: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991*. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden–Baden: Nomos–Verl.–Ges.
- Schindler, Peter, 1999: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*. Bd. 2, Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Baden–Baden: Nomos–Verl.–Ges.
- Schmähl, Winfried, 1986: "Ökonomische Probleme des Übergangs zu einem Grundrentensystem. Zu den Vorschlägen der Partei 'Die Grünen'", *Die Angestelltenversicherung* 33, Heft 4: 122–127.
- Schmähl, Winfried, 1993: "Übergang zu Staatsbürger–Grundrenten. Ein Beitrag zur Deregulierung in der Alterssicherung?", in: Winfried Schmähl (Hrsg.), *Mindestsicherung im Alter. Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien*. Frankfurt/New York: Campus, 265–333.
- Schmid, Thomas, 1982: "Nichtsnutz und Robot. Über einige Schwierigkeiten, die Verstaatlichung des Sozialen rückgängig zu machen", *Freibeuter* 11: 98–105.
- Schmid, Thomas, 1986: "Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der Grünen in die Reformpolitik", *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 11/86: 3–15.
- Schmidt, Manfred G., 1990: "Die Politik des mittleren Weges – Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland", *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9–10/90: 23–31.
- Schreyer, Michaele, 1987: "Grundeinkommen – Das Brot der Emanzipation oder Schweigegeld für Frauen?", in: Michael Opielka/Ilona Ostner (Hrsg.), *Umbau des Sozialstaats*. Essen: Klartext–Verl., 270–276.
- Seeleib–Kaiser, Martin, 2001: *"Ende oder Neubeginn der Sozialdemokratie"*. ZeS–Arbeitspapier Nr. 16/2001, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- SPD: Materialien, 1983: *"Solidarität mit Arbeitslosen. Ein Leitfaden, wie Sozialdemokraten helfen können"*, Bonn.
- SPD: Materialien, 1984a: *"Ideen– und Arbeitsheft: Solidarität mit Arbeitslosen. Wie Sozialdemokraten helfen können"*, Bonn.
- SPD, 1984b: "Sondervermögen Arbeit und Umwelt", in: *Politik, Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Nr. 4/1984.

- 
- SPD, 1985: *"Selbstbestimmt arbeiten. Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft"*, Bonn.
- SPD: Materialien, 1988: *"Die soziale Frage braucht neue soziale Bewegung. Neue Armut in der Bundesrepublik"*, Bonn.
- Strasser, Johano, <sup>2</sup>1983: *Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise*. Köln: Bund-Verl.
- "Streit um grüne Sozialpolitik", in: *Montagszeitung*, Juni 1984: 8–9.
- Tiefenbach, Paul, 1998: *Die Grünen: Verstaatlichung einer Partei*. Köln: PapyRossa-Verl.
- Unruh, Trude, 1985: "'Graue Panther': Die moralische Verpflichtung zum Abbau der Altersarmut", in: Die Grünen/Seniorenschutzbund "Graue Panther" (Hrsg.), *Grundrente statt Altersarmut*, Essen: Klartext-Verl., 15–22.
- Veil, Mechthild, 1990: "Von den Grünen zu den Grauen – Ein Reisebericht", in: Die Grünen/Bündnis 90 im Bundestag: *Info November '90, Arbeit & Soziales*, Bonn 1990: 10.
- Vobruba, Georg, 1986: "Die Entflechtung von Arbeiten und Essen. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und garantiertes Grundeinkommen", in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.), *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuchverl., 39–52.
- Weg, Marianne, 1986: "Frauenpolitische Perspektiven in der Wirtschafts- und Sozialpolitik", in: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung von ökonomischem Neuland*. Frankfurt/M., New York: Campus, 297–310.
- Wiesenthal, Helmut, 1985: "Arbeitszeitverkürzung – Arbeitsumverteilung", in: Frank Beckenbach u.a. (Hrsg.), *Grüne Wirtschaftspolitik. Machbare Utopien*. Köln: Kiepenheuer und Witsch, 70–94.
- Wiesenthal, Helmut, 1986: "Jenseits der 35-Stunden-Woche. Hindernisse und Optionen einer Politik der Arbeitsumverteilung", in: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung von ökonomischem Neuland*. Frankfurt/M., New York: Campus, 159–177.
- Wiesenthal, Helmut, 1987: *Strategie und Illusion, Rationalitätsgrenzen kollektiver Akteure am Beispiel der Arbeitszeitpolitik 1980–1985*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Wiesenthal, Helmut, 1988: "Das Syndrom Arbeitszeitflexibilität. Motive, Tendenzen, und Interessen im neuen Regelungsbereich der Arbeitszeitpolitik", in: Eberhard K. Seifert (Hrsg.), *Ökonomie und Zeit. Beiträge zur interdisziplinären Zeitökonomie*. Frankfurt/M.: Haag + Herchen, 189–207.
- Wiesenthal, Helmut, 1993: "Programme", in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Frankfurt/Main, Wien: Büchergilde Gutenberg, 95–130.
- Wunder, Michael, 1990: "Ökologisches Primat verdrängt Soziales", in: *Info November '90, Arbeit & Soziales*: 34.
- Young, Brigitte, 1995: "The German Political Party System and the Contagion from the Right", *German Politics and Society* 13, Heft 1: 62–78.